

med.dent. magazin

... der Wegbegleiter
vom Studienanfänger
zum Praxisgründer

Aktuell

Inhalt

Finanzielles Aus - Umfrage: Jeder Elfte kann Schulden nicht zurückzahlen

Die meisten Deutschen gehen sehr sparsam mit ihrem Geld um. Doch einigen Bundesbürgern fehlt die Fähigkeit zum Haushalten. Sie stehen vor einem viel zu großen Schuldenberg.

Das belegen die Ergebnisse einer repräsentativen GfK-Umfrage im Auftrag der "Apotheken Umschau". Jeder Fünfte (21,7%) denkt beim Einkaufen nicht daran, ob er sich das überhaupt leisten kann, er kauft es einfach. Jeder Sechste (17,5%) sagt, er gebe Geld, das er zur Verfügung habe auch gleich wieder aus. Jeder achte Deutsche (12,5%) gibt zu, mit Geld nicht besonders gut umgehen zu können. Das kann böse enden. So hat jeder elfte Befragte (8,8%) angegeben mittlerweile vor einem Schuldenberg zu stehen, den er kaum zurückzahlen könne.

Quelle: <http://www.wortundbildverlag.de>

- KZBV sieht Zahnmedizin als Wirtschaftsfaktor
- Jeder Sechste geht wegen Kosten nicht zum Zahnarzt
- Reform nicht auf die lange Bank schieben!
- Koalitionsvertrag bietet klare Bekenntnisse und Chancen
- Koalitionsvertrag mit richtiger Weichenstellung für die Zahnmedizin
- Hoppe: Koalitionsvertrag bietet Chance für eine neue Gesundheitskultur
- Winn sieht in Schwarz-Gelb keine Freunde
- Apotheken begrüßen neuen ordnungspolitischen Kurs
- Gesundheitspolitik ohne Mut und Ideen
- ASB warnt Koalitionsparteien vor sozialer Schieflage
- Henke: "Den guten Worten müssen nun auch gute Taten folgen"
- Mehr Wettbewerb, treffsicherer Einkommensausgleich
- Oesingmann: „Koalition bekennt sich zu den Freien Berufen und Prinzipien der Freiberuflichkeit“
- Ausgabensteigerung wegen Gesundheitsfonds
- Wahl des FVDZ-Bundesvorstands
- BZÄK-Forderung an die neue Bundesregierung
- Hepatitis-B-Infektionen von Ärzten und Pflegekräften rückläufig
- Zweites FTD-Entscheiderpanel zur Gesundheitswirtschaft
- Auswanderung von Medizinerinnen belastet Staat und Sozialkassen
- Schwarzbuch zur öffentlichen Verschwendung
- Zulassungsverordnung für Vertragszahnärzte
- Repräsentative Studie: Bereitschaft der gesetzlich Krankenversicherten zur Zusatzversicherung
- Barmer-Chef setzt auf Praxis-Kanibalismus
- Impfung sinnvoll und notwendig
- Bundeszahnärztekammer fordert Erhalt des Staatsexamens für Zahnmedizinstudenten
- Beim ersten Date Punkte sammelt
- IMPRESSUM

KZBV sieht Zahnmedizin als Wirtschaftsfaktor

Nach Ansicht der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) hat sich die Zahnmedizin zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in Deutschland entwickelt. Laut Geschäftsbericht der KZBV waren 2007 bundesweit 284 000 Menschen einschließlich der Praxisinhaber in Zahnarztpraxen beschäftigt, darunter etwa 31 000 Auszubildende. Hinzu kämen weitere 100 000 Beschäftigte in Zahnlabors sowie im Dentalhandel. Die Rahmenbedingungen zahnärztlicher Versorgung würden aber immer schwieriger. So seien die Ausgaben der GKV in diesem Bereich seit Jahren rückläufig.

Quelle: <http://www.kzbv.de/>

Jeder Sechste geht wegen Kosten nicht zum Zahnarzt

Fast jeder sechste Deutsche hat in den vergangenen drei Jahren eine Zahnbehandlung aus Kostengründen aufgeschoben. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts ipsos. Bei Menschen mit einem Haushaltseinkommen bis 1249 Euro im Monat war es sogar mehr als jeder Vierte. Außerdem haben 13 Prozent einen Zahnersatz geringer Qualität gewählt, weil ihnen das am besten geeignete Material zu teuer war. An der telefonischen Umfrage im Auftrag der HanseMercur Versicherungsgruppe in Hamburg nahmen 1000 Menschen über 14 Jahren teil.

Quelle: <http://www.ipsos.de/>

Reform nicht auf die lange Bank schieben!

„Der Koalitionsvertrag enthält ordnungspolitisch richtige Ansätze, lässt unter dem Strich jedoch zu viele Details offen.“ So bewertet der stellvertretende FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Wolfram Sadowski die geplante Kursrichtung der designierten schwarz-gelben Regierung in der Gesundheitspolitik. Bisher sei nicht zu erkennen, dass sich zeitnah konkret überhaupt etwas ändert. „Wenn sich der Wind erst in 15 Monaten dreht – nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen – dann ist das aus meiner Sicht verschenkte Zeit“, so Sadowski.

Positiv sei, dass mit Philipp Rösler ein Mediziner an der Spitze des Bundesgesundheitsministeriums stehen wird, dass den Ärzten und Zahnärzten künftig mehr vertraut und ihnen weniger Bürokratie zugemutet werde. Die festgeschriebene Förderung der Freiberuflichkeit, der freien Arztwahl und der wohnortnahen Versorgung seien wichtige und tragende Pfeiler für das deutsche Gesundheitssystem. Auch die geplante Novellierung der Approbationsordnung sowie der Gebührenordnung für Zahnärzte unter Berücksichtigung der Kostenentwicklung werden von der Zahnärzteschaft begrüßt, ebenso wie die angekündigte gründliche Überprüfung der umstrittenen elektronischen Gesundheitskarte.

Die Weiterführung des manipulationsanfälligen und kostentreibenden Gesundheitsfonds bis zum Jahr 2011 ist hingegen laut Sadowski nicht nur schädlich, sondern eine nachträgliche Rechtfertigung der Fehler früherer großkoalitionärer Politik. Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte wird sich auf der Basis seiner jüngst aktualisierten „Eckpunkte zur Neustrukturierung des Gesundheitswesens“ in die nun folgende Diskussion über die Ausgestaltung der Koalitionsvereinbarung im zahnärztlichen Bereich konstruktiv einbringen.

Quelle: mdm

Koalitionsvertrag bietet klare Bekenntnisse und Chancen

Kommentare zur Gesundheitspolitik

Bundeszahnärztekammer Präsident Engel sieht neue Lösungsansätze für Probleme im Bereich der zahnmedizinischen Versorgung

Die neue Bundesregierung schreibt sich die Freiberuflichkeit der Ärzte und Zahnärzte in ihr Koalitionsprogramm und plant, die Approbationsordnung sowie die Gebührenordnung für Zahnärzte unter Berücksichtigung der Kostenentwicklung zu novellieren. Auf positive Resonanz stoßen diese im Koalitionsvertrag fixierten Ziele bei der Bundeszahnärztekammer: „Die Koalitionsvereinbarungen zeigen, dass sich die Bundesregierung nicht scheut, die Probleme im Bereich der zahnmedizinischen Versorgung der Bevölkerung beim Namen zu nennen und diese offensiv anzugehen“ betont Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer.

Wenn die Koalition sich der Novellierung der Approbationsordnung für Zahnärzte annimmt, so ist dies nicht zuletzt aktiver Patientenschutz. Obwohl sich die Zahnmedizin ständig weiterentwickelt, werden die Studenten nach einer Approbationsordnung aus dem Jahre 1955 ausgebildet, mahnt der BZÄK-Präsident dringenden Handlungsbedarf an. Ein von Seiten der Zahnmedizin verabschiedeter Entwurf liegt dem Bundesgesundheitsministerium vor.

Hinsichtlich der Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte wird von der Koalition eine Anpassung an den aktuellen Stand der Wissenschaft auf Basis einer präventionsorientierten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde sowie der Kostenentwicklung als Ziel postuliert. Mit dem Abbau bürokratischer Hindernisse bei der Wahl der Kostenerstattung soll weiteres Terrain für die Patienten erschlossen werden. „Hier mehr Freiheit zu wagen, stärkt letztlich die Rechte der Patienten“, so Engel. Auch in den Signalen zur umstrittenen elektronischen Gesundheitskarte ist der Wille zu erkennen, die vielfach geäußerten Bedenken im Sinne einer gründlichen Überprüfung aufzugreifen.

Die Bundeszahnärztekammer setzt sich nachdrücklich für ein Gesundheitssystem ein, das die Rechte und Selbstbestimmung der Patienten gewährleistet. Die Patientenrechte durch ein System transparenter Patientenberatung zu stärken, wird durch die Bundeszahnärztekammer seit Jahren aktiv unterstützt. Dr. Engel betont dazu: „Das Vorhaben, ein neues Patientenschutzgesetz, in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten am Gesundheitswesen' erarbeiten zu wollen, zeigt den Willen zu einem transparenten und demokratischen Gesetzgebungsverfahren, in das sich die Bundeszahnärztekammer konstruktiv und kritisch einbringen wird.“

Quelle: mdm

Koalitionsvertrag mit richtiger Weichenstellung für die Zahnmedizin

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) als Vertretung der 55.000 Vertragszahnärzte in Deutschland beurteilt die Vereinbarungen zur Gesundheitspolitik im Koalitionsvertrag positiv. „Für die zahnmedizinische Versorgung sind die Weichen richtig gestellt“, sagte heute der Vorsitzende der Vorstandes der KZBV, Dr. Jürgen Fedderwitz.

Die Koalitionspartner, so Fedderwitz weiter, hätten anerkannt, dass man für die zukünftige Entwicklung der Zahnarzthonorare generell eine neue Basis brauche: „Das haben wir seit Jahren angemahnt. Unsere Forderung nach einer Abschaffung der Budgets ist damit aufgenommen worden – ebenso die nach einer längst überfälligen Anhebung der zahnärztlichen Vergütung im Osten an das West-Niveau. Wichtig ist aber auch, dass die strukturelle Perspektive für das Gesundheitswesen stimmt. Mit dem Bekenntnis zu einer modernen Selbstverwaltung und freiberuflichen Versorgungsstrukturen schlagen die Koalitionäre da die richtige Richtung ein.“ Positiv bewerte die KZBV zudem die Festlegung auf mehr Entscheidungsspielräume und Wahlmöglichkeiten für die Versicherten. Sie komme nicht nur in der Betonung der freien Arztwahl, dem geplanten Erhalt des dualen Krankenversicherungssystems und der Ankündigung einer Entbürokratisierung der Kostenerstattung zum Ausdruck, sondern auch in der positiven Bewertung von Festzuschüssen, wie sie im Bereich Zahnersatz bereits eingeführt worden seien. Was die Zukunft der elektronischen Gesundheitskarte angehe, sei ein vernünftiges Zeichen gesetzt worden, indem man das gesamte Telematikprojekt wie gefordert erst einmal einer kritischen Bestandsaufnahme unterziehen wolle, bevor man an die weitere Umsetzung gehe.

Zugleich mahnte Fedderwitz jedoch eine konsequente Umsetzung der Planungen von Schwarz-Gelb an: „Nach Jahren der Fehlsteuerung im Gesundheitswesen brauchen wir eine Politik, die den Zahnärzten nicht nur wirtschaftliche Risiken aufbürdet, sondern den Praxen auch unternehmerische Chancen gibt. Der Koalitionsvertrag ist nicht das Ende sondern der Anfang eines politischen Prozesses. Es ist gut, die Weichen gestellt zu haben. Entscheidend ist aber, dass der Reformzug auch losfährt.“

Quelle: mdm

Hoppe: Koalitionsvertrag bietet Chance für eine neue Gesundheitskultur

Zu den bisherigen Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen von Union und FDP für den Bereich Gesundheit erklärt der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe: „Der Entwurf für einen Koalitionsvertrag bietet die Chance, eine neue Gesundheitskultur in Deutschland aufzubauen. Wenn der Versicherte wieder zum Patienten wird und Ärzte wieder Ärzte sein können, dann ist der richtige Kurs eingeschlagen. Entbürokratisierung und keine weitere Kommerzialisierung des Gesundheitswesens hat sich die neue Regierung zum Ziel gesetzt, das ist richtig und wichtig, damit aus einem überbürokratisierten Gesundheitssystem wieder ein humanes Gesundheitswesen wird.

Der Entwurf für einen Koalitionsvertrag verspricht, die medizinischen Versorgungsstrukturen auf eine Gesellschaft des langen Lebens hin auszurichten. Das lässt hoffen, dass Gesundheitspolitik nicht länger Einsparpolitik medizinischer Leistungen bleiben wird, sondern dass medizinischer Fortschritt und demographische Entwicklung als Realitäten anerkannt werden.

Das Gesundheitssystem soll freiheitlicher gestaltet werden, Patienten sollen mehr Wahlmöglichkeiten erhalten und die Freiberuflichkeit der Ärzte soll endlich wieder gefestigt werden. Den Worten müssen nun allerdings auch Taten folgen. Die Ärztinnen und Ärzte in Deutschland sind bereit, in diesem Sinne an der Ausgestaltung des Gesundheitswesens mitzuwirken.“

Quelle: mdm

Winn sieht in Schwarz-Gelb keine Freunde

Die Vereinbarungen von Union und FDP in der Gesundheitspolitik gehen dem Hartmannbund (HB) nicht weit genug. Besonders enttäuscht zeigte sich HB-Chef Kuno Winn auf der Hauptversammlung darüber, dass die Kostenerstattung weiter ein Schattendasein führen dürfte.

Der neue und alte Chef des Hartmannbundes (HB), Professor Kuno Winn, hat sich enttäuscht über die Koalitionsvereinbarungen von Schwarz-Gelb in der Gesundheitspolitik geäußert. Sollte es in den kommenden Wochen und Monaten nicht zu substanziellen Reformen im Sinne der Ärzteschaft kommen, drohte er mit Aktionen seines Verbandes, die bis hin zu Protesten reichen könnten. "Da kennen wir keine Freunde!", sagte Winn auf der Hauptversammlung seines Verbandes am Freitag in Potsdam vor allem an die Adresse der Liberalen. Winn stellte sich am Sonntag zur Wiederwahl. Die Ärzteschaft habe sich vehement für eine Regierungsbeteiligung der FDP eingesetzt. Leider könne aber von einer Generalsanierung des Gesundheitssystems vorerst keine Rede sein. So kritisierte er, dass sich die Koalition lediglich auf eine "Stärkung" der Kostenerstattung geeinigt habe. Nach dem Willen des HB soll die Kostenerstattung das Sachleistungsprinzip ablösen.

Zudem, so Winn, ignoriere Schwarz-Gelb die Notwendigkeit, die Beiträge konsequent von Löhnen und Gehältern zu entkoppeln. Dabei vermisst er auch eine Einführung kapitalgedeckter Elemente in die GKV. "Darauf haben wir nicht gewettet! Das ist nicht das, was wir erwarten", sagte er. Scharfe Kritik richtete Winn auch an den Deutschen Hausärzterverband und dessen Sonderstellung bei Hausarztverträgen. So würden Ärzte, die sich nicht einschreiben wollten, vom Hausärzterverband bedrängt. Dabei seien die Erfolge des Verbands ganz wesentlich auf die von Schwarz-Rot gewährte "Monopolstellung" zurückzuführen. Der "geradezu missionarische Eifer", mit dem die Verantwortlichen ihre Sache verfolgten, sei besorgniserregend und werde zu einer weiteren Spaltung der Ärzteschaft führen.

Quelle: mdm

Apotheken begrüßen neuen ordnungspolitischen Kurs

Die deutschen Apothekerinnen und Apotheker begrüßen die Ankündigungen von CDU/CSU und FDP, die sich teilweise widersprechenden arzneimittelrechtlichen Regelungen zu überprüfen und damit die Arzneimittelversorgung insgesamt zu entbürokratisieren.

"Wir begrüßen den neuen ordnungspolitischen Kurs, der nun eingeschlagen wird", sagt Heinz-Günter Wolf, Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände. Die Apothekerschaft setzt auf einen echten Neuanfang im Dialog und Verständnis von Politik und Leistungserbringern. "Wir freuen uns, dass Union und FDP die unabhängigen und freiberuflich tätigen Apothekerinnen und Apotheker als Garanten für eine Fortentwicklung der Arzneimittelversorgung sehen."

Nach Auffassung der Apothekerschaft ist es richtig, riskante Regelungen wie "Pick-up" von Arzneimitteln zu verbieten, und gleichzeitig die Arzneimittelversorgung in Deutschland beispielsweise durch eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Leistungsträgern des Gesundheitswesens zum Nutzen der Patienten und Versicherten auszubauen. Wolf: "Wir werden uns im Sinne der durchschnittlich mehr als 4 Millionen Apothekenkunden pro Tag für eine noch bessere Versorgung aktiv einsetzen."

Quelle: mdm

Gesundheitspolitik ohne Mut und Ideen

Vöcking: Schwarz-Gelb mit Fehlstart bei Gesundheitspolitik

Massive Kritik an den gesundheitspolitischen Plänen von Union und FDP gibt es von Seiten der BARMER. "Was uns heute Schwarz-Gelb präsentiert hat, ist das Ergebnis einer gesundheitspolitischen Mut- und Ideenlosigkeit", so Dr. Johannes Vöcking, Vorstandsvorsitzender der BARMER. Das Festschreiben des Arbeitgeberbeitrages sei nicht nur sozialpolitisch fatal, sondern auch ökonomisch falsch. Vöcking: "Wer die Versicherten stärker belastet, schränkt automatisch deren Konsumverhalten zu Lasten der Wirtschaft und Beschäftigung ein." Scheinbar verstelle der unerträgliche Lohnnebenkosten-Fetischismus der neuen Bundesregierung den Blick auf diese einfache Erkenntnis.

Mit dem geplanten Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages werde der zunehmenden Privatisierung des Gesundheitswesens weiter Vorschub geleistet. "Die gerechte Lastenverteilung in den Sozialsystemen auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist seit etlichen Jahren Garant für sozialen Frieden in Deutschland. Mit der zunehmenden Belastung der Versicherten bei der Gesundheits- und Pflegeversorgung wird dieses hohe Gut nun Stück für Stück ausgehöhlt", erklärt Vöcking. Der BARMER-Chef kritisiert auch das Beibehalten des Systems zum Einzug von Zusatzbeiträgen. Allein die dafür notwendige Einrichtung von Beitragskonten würde mehrere Hundert Millionen Euro verschlingen. Sinnvoller und kostensparender wäre ein vollautomatisierter Beitragseinzug direkt über die Arbeitgeber. Dieses Prinzip habe sich beim Einzug des Krankenkassenbeitrages bewährt.

Quelle: mdm

ASB warnt Koalitionsparteien vor sozialer Schieflage

"Gesellschaftliche Solidarität nicht außer Acht lassen"

Im Rahmen einer Pressekonferenz anlässlich der 100-Jahr-Feier des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) in Magdeburg warnt der Wohlfahrtsverband die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP vor einer sozialen Schieflage. In seinen Merksätzen für die Politik fordert der ASB Solidarität mit denjenigen Menschen in der Gesellschaft, deren Leben von sozialen oder gesundheitlichen Notlagen bedroht ist.

"Bei den erforderlichen Einsparungen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte und den Anreizen zu wirtschaftlichem Wachstum dürfen die Ziele der gesellschaftlichen Solidarität nicht außer Acht gelassen werden", hebt der ASB-Bundesvorsitzende Dr. Friedhelm Bartels hervor. "Der zu erwartende Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge belastet gerade diejenigen, die am unteren Ende des Mittelstandes erheblich dazu beitragen, dass die Solidarität in der Gesellschaft seit vielen Jahren stabil und belastbar ist", so Bartels weiter.

Bedenklich ist, dass künftig die Beitragszahlungen bei der gesetzlichen Pflegeversicherung sowie mögliche kapitalgedeckte Versicherungen vermehrt der Arbeitnehmerseite zufallen sollen. "Es darf nicht sein, dass die Arbeitgeber sukzessive aus der Mitverantwortung für die sozialen Leistungssysteme entlassen werden", erklärt Bartels in Magdeburg. Der Ausstieg einzelner Gruppen oder die ungerechte Verteilung von Steuer- und Beitragslast führt das System in die Ausweglosigkeit. Damit ist die Zukunftssicherung einer solidarischen Gesellschaft unter den erschwerten Bedingungen wirtschaftlicher Problemlagen und demographischer Veränderungen nicht mehr zu realisieren.

Seit seiner Gründung vor 100 Jahren in Magdeburg hat sich der Arbeiter-Samariter-Bund zu einem der führenden Wohlfahrtsverbände und einer der größten deutschen Hilfsorganisationen entwickelt. In den jüngst veröffentlichten Merksätzen mit dem Titel "Solidarität in der Krise" bietet der ASB der neuen Bundesregierung seine Erfahrung und sein Fachwissen für einen konstruktiven Dialog an.

Quelle: mdm

Henke: "Den guten Worten müssen nun auch gute Taten folgen"

Zu den bisher bekannten Ergebnissen der Großen Koalitionsrunde zum Bereich Gesundheit erklärt der 1. Vorsitzende des Marburger Bundes, Rudolf Henke:

"Union und FDP sehen im Gesundheitswesen den wichtigsten Wachstums- und Beschäftigungssektor in Deutschland. Dieses eindeutige Bekenntnis ist eine Anerkennung der Leistungskraft unseres Gesundheitswesens und der dort arbeitenden Menschen. Den guten Worten müssen nun auch gute Taten folgen. Eine Diskussion über neue Finanzierungsmodelle erschrickt uns nicht; wir sind offen für alle Lösungen, die den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Solidarität genügen. Wichtig ist, dass der Anspruch aller Menschen auf eine hochwertige gesundheitliche Versorgung besser eingelöst wird als bisher. Wir brauchen wieder mehr Versorgungssicherheit und weniger Bürokratie. Dazu haben sich Union und FDP bekannt. Wir nehmen die neue Koalition beim Wort."

Quelle: mdm

Mehr Wettbewerb, treffsicherer Einkommensausgleich

Die Idee, den bisherigen Arbeitnehmerbeitrag ab 2011 einkommensunabhängig über Prämien zu finanzieren, verstärkt nicht nur den Wettbewerb unter den Kassen. Der Einkommensausgleich erfolgt im Steuersystem auch wesentlich treffsicherer als über die Beitragsfinanzierung, befindet das Institut der Deutschen Wirtschaft

Während im nächsten Jahr die Versicherten mit Zusatzbeiträgen rechnen müssen, aber ansonsten alles beim Alten bleibt, soll das Jahr 2011 große Veränderungen bringen. Die Koalition will eine Regierungskommission damit beauftragen, den Umbau vorzubereiten. Kernstück der Reform: Der bisherige Arbeitnehmerbeitrag soll nicht mehr als Prozentsatz vom beitragspflichtigen Einkommen, sondern einkommensunabhängig erhoben werden.

Die Pauschale bringt gegenüber dem Status quo gleich zwei Vorteile. Erstens: Bislang kranken die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung an der mangelnden Kostenverantwortung der Versicherten. Die Beitragsfinanzierung wirkt wie eine proportionale Lohnsteuer - und da lohnt es sich für den Einzelnen kaum, kostenbewusst Gesundheitsleistungen nachzufragen. Das ist bei einer Prämie anders – hier kann jeder Versicherte in Euro und Cent erkennen, welche Ersparnisse zum Beispiel ein Hausarztтариф oder die integrierte Versorgungseinrichtung im Vergleich zur bisherigen Versorgung bringen. Die Wahl der Versicherten erhöht zunächst den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Damit diese auch tatsächlich effiziente Formen der Versorgung anbieten, müssen sie allerdings weitergehende Vertragsfreiheiten gegenüber Ärzten, Kliniken, Apotheken und Co. bekommen.

Zweitens: Keine Reform ohne Solidarausgleich. Denn auch im prämierten Modell soll jeder eine hochqualitative Versorgung erhalten. Wer aber mit der Prämienzahlung finanziell überfordert ist, soll finanziell unterstützt werden. Der Clou: Organisiert man diesen Ausgleich über das Einkommenssteuersystem, entfallen viele Ungerechtigkeiten des beitragsfinanzierten Systems. Der Einkommenssteuertarif erfasst alle Einkommensarten, z. B. auch Zinsen aus Vermögen; er kennt überdies keine Beitragsbemessungsgrenze und er bezieht auch die Privatversicherten ein. Diese zahlen also über ihre Steuern die Versicherungsbeiträge für Kleinverdiener mit. Umgekehrt müssen die Privatversicherten dann aber auch unterstützt werden, wenn sie selber finanziell überfordert sind.

Angesichts der zentralen Vorteile muss der Auftrag für die Regierungskommission eng umrissen sein. Es muss um Fragen der Umsetzung und sinnvolle Ergänzungen gehen, das Paket selber darf aber nicht wieder aufgeschnürt werden.

Quelle: mdm

Oesingmann: „Koalition bekennt sich zu den Freien Berufen und Prinzipien der Freiberuflichkeit“

Zum Koalitionsvertrag erklärt BFB-Präsident Dr. Ulrich Oesingmann:

„Der gemeinsam von Union und FDP verabschiedete Koalitionsvertrag weist aus Sicht der Freien Berufe in die richtige Richtung. Die erkennbaren Weichenstellungen lassen eine ordnungspolitische Kursänderung erkennen, die auch dahin weist, dass die Politik vermehrt auf wirtschaftliche Dynamik ausgerichtet ist, durch die soziale Balance erst möglich wird.“

Der BFB begrüßt insbesondere das Bekenntnis zu den Freien Berufen und den Prinzipien der Freiberuflichkeit, etwa mit Blick auf die Freien Heilberufe, was sich in der großen Linie, aber auch im thematischen Detail ablesen lässt und sich kontinuierlich durch den Vertrag zieht. So finden sich viele von den gemeinsam mit seinen Mitgliedern formulierten Forderungen des BFB in den jeweiligen Themenpassagen wieder. Dies reicht von steuerpolitischen Details wie der Wieder-Absetzbarkeit privater Steuerberaterkosten und einer Überprüfung der Dienstwagenbesteuerung bis hin zu dem Ziel, das, geistiges Eigentum schützende Urheberrecht weiterzuentwickeln.

Die neue Bundesregierung setzt erkennbar auf Wachstum. Die Freien Berufe sind ein stetig wachsender Sektor und können so im Besonderen für eine weitere Dynamik sorgen, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend gesetzt werden. Der durchaus erkennbare Mut zu Reformen könnte dazu an einigen Stellen noch deutlicher ausfallen. Die Koalition will einen verstärkten Schutz von Berufsgeheimnisträgern, und prüfen, neben den Anwälten auch weitere Gruppen einzubeziehen. Mit dieser generellen Absicht und dem ersten Schritt für die Anwälte wird der Position des BFB in die richtige Richtung gefolgt. Jetzt gilt es, die Regierung darin zu unterstützen, die weiteren Berufsgruppen zu beschreiben.

Im konkreten Regierungshandeln werden aus Sicht der Freien Berufe also noch einige Konkretisierungen vorzunehmen sein. Erst die Umsetzung in den kommenden vier Jahre wird darüber entscheiden, wie eng die Spielräume durch die Wirtschaftskrise sind und wie beherzt das gemeinsame Regierungsprojekt von allen durchgetragen wird.“

Quelle: mdm

Ausgabensteigerung wegen Gesundheitsfonds

Eine interne Auswertung des Instituts für Mikrodaten-Analyse zeigt: Seit der Gesundheitsfonds das erste Mal Anfang 2006 diskutiert worden ist, sind die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) überdurchschnittlich gestiegen.

Während die GKV-Ausgaben im Zeitraum Anfang 2001 bis Ende 2005 insgesamt um 5,0 Mrd. € bzw. 3,6 % gestiegen sind, zeigt sich im Vergleichszeitraum 2006 bis 2010 eine deutliche Ausgabenexpansion: Von Anfang 2006 bis Ende 2010 werden die GKV-Ausgaben um 26,2 Mrd. € bzw. um 17,7 % gestiegen sein.

„Nur wenn es dem Gesetzgeber gelingt, die Finanzverantwortung der GKV erfolgreich und zügig den Krankenkassen zurück zu geben, können die Finanzmittel der GKV zukünftig wieder effizient allokiert werden.“ kommentiert der Kieler Finanzwissenschaftler und Gesundheitsökonom Dr. Thomas Drabinski die Ergebnisse.

Hierzu bedarf es einer Neujustierung des Gesundheitsfonds, des Zusatzbeitrags und des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs. Die notwendige Strukturveränderung der GKV hin zu einem nachhaltigen System pauschaler Zusatzbeiträge wird in der aktuellen Studie des Instituts für Mikrodaten-Analyse (Band 15) „Der kassenindividuelle Zusatzbeitrag als Wettbewerbsinstrument“ beschrieben.

Dr. Thomas Drabinski
Institut für Mikrodaten-Analyse (IfMDA)

Quelle: <http://www.ifmda.de>

Wahl des FVDZ-Bundesvorstands

Sundmacher als Vorsitzender bestätigt

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte in Warnemünde wurde Dr. Karl-Heinz Sundmacher, Zahnarzt aus Hockenheim, als Bundesvorsitzender in seinem Amt bestätigt. Mit dieser Wahlentscheidung steht Sundmacher auch für die Amtsperiode 2009 bis 2011 an der Spitze des größten unabhängigen zahnärztlichen Berufsverbandes in Deutschland. Als stellvertretende Bundesvorsitzende wurden Dr. Wolfram Sadowski aus Gransee und Dr. Kerstin Blaschke aus Schmalkalden gewählt.

Neu im Bundesvorstand sind Dr. Peter Bührens (Schwerin), Dr. Joachim Hüttmann (Bad Segeberg) und Dr. Rainer Zajitschek (Döhlau). Erneut wiedergewählt wurden Dr. Ernst-J. Otterbach (Usingen), Dr. Alois Schneck (München), Dr. Dr. Heinrich Schneider (Metzingen), ZA Bertram Steiner (Berlin) und Dr. Dirk Timmermann (Cuxhaven).

Neben der Wahl des Bundesvorstandes legten die 151 Delegierten der Hauptversammlung den berufspolitischen Kurs des Freien Verbandes fest, der an die neue Bundesregierung herangetragen werden soll. Die Zahnärzte sprachen sich unter anderem für eine stärkere Betonung des Grundsatzes „Mehr Eigenverantwortung vor Solidarität“ in der gesetzlichen Krankenversicherung aus.

Die Arbeit des Vorstandes wurde durchweg positiv gewürdigt. Besonders lang anhaltenden Beifall gab es für Dr. Norbert Grosse und den kürzlich zum Kammerpräsidenten in Schleswig-Holstein gewählten Dr. Ulrich Rubehn, die nicht wieder antraten.

HV-Beschlüsse: Weniger Staat –Mehr Eigenverantwortung!

Einstimmig forderten die Delegierten der Hauptversammlung des Freien Verbandes in einem Leitantrag die politischen Mandatsträger aller im neu gewählten Bundestag vertretenen Parteien auf, ihrer Verantwortung für die medizinische Versorgung der Bürger in Deutschland gerecht zu werden und endlich ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen zu schaffen. Dazu gehört nach Auffassung der HV vor allem die Definition eines medizinischen Kernleistungsbereichs mit der Pflicht zur Versicherung und die Einführung der Direktabrechnung mit Kostenerstattung, sowie die Trennung von Liquidation und Erstattung. Staatliche oder staatsnahe Gesundheitssysteme hätten ihre Untauglichkeit längst bewiesen.

Das Gesundheitswesen müsse vielmehr entstaatlicht und entpolitisiert werden. Dazu soll als eine Art „Erstmaßnahme“ der Paragraph 1 des SGB V so geändert werden, dass von den Versicherten zunächst „Eigenverantwortung vor Solidarität“ gefordert wird. Mit Blick auf die aktuellen Koalitionsverhandlungen wurde die Abschaffung des Gesundheitsfonds verlangt. Kritisch beurteilt der Verband die Öffnung des ambulanten Bereichs für institutionelle Anleger; dies gefährde die wohnortnahe Versorgung. Im Weiteren verabschiedete die Versammlung erneut einen Forderungskatalog für eine zu erwartende neue Gebührenordnung – u.a. mit der sofortigen Anhebung des Punktwertes zum Inflationsausgleich nach mittlerweile 22 Jahren Gebührenstillstand. Die Umstellung des Zahnmedizinstudiums auf Bachelor- und Masterabschlüsse wird vom Verband weiterhin abgelehnt: das Staatsexamen müsse der Nachweis des berufsfähigen und –fertigen Zahnarztes bleiben.

Die Nachweispflicht für Fortbildungen im SGB V dagegen, habe sich als unsinnig und überflüssig erwiesen. Auch Bestrebungen, die Kompetenz zur Herstellung von Zahnersatz und Zahnkronen durch Änderungen in der Ausbildung zu beschneiden, wurde eine klare Absage erteilt. Einstimmig bekräftigte die HV erneut ihre Ablehnung der elektronischen Gesundheitskarte. Das Projekt sei inzwischen völlig aus dem Ruder gelaufen. Gefordert sei stattdessen ein völlig neuer Ansatz für die Telematik im Gesundheitswesen.

Quelle: <http://www.fvdz.de/>

BZÄK-Forderung an die neue Bundesregierung

GOZ-Novelle nicht aus dem Bema rekrutieren

Mit verhaltenem Optimismus sieht die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) auf die anstehenden gesundheitspolitischen Gespräche und Verhandlungen mit der neuen Bundesregierung. Dazu haben auch die Ankündigungen beigetragen, die Kanzlerin Angela Merkel im Vorfeld der Wahl in einem Interview (mit der „Ärztepost“) abgegeben hatte. Die Kanzlerin hatte darin „eine Kultur des Vertrauens und des Verantwortungsbewusstseins im Gesundheitswesen“ angemahnt und weiter festgestellt: „Die Selbstverwaltung der Ärzte und Zahnärzte muss eine starke Interessensvertretung ihrer Mitglieder bleiben. Im konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten werden wir die notwendigen Anpassungen bei der Novellierung der Gebührenordnungen vornehmen.“

Für den BZÄK-Präsidenten Dr. Peter Engel gilt es auf dieser Basis, das Gesundheitssystem angesichts der Demographie und des Strukturwandels für die Zukunft nachhaltig zu gestalten. Für die anstehende Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) sieht Engel die erste Prämisse darin, „dass eine GOZ nicht aus dem Bema rekrutiert werden kann, sondern als umfängliche gesamte Zahnheilkunde in einem neuen Leistungskatalog beschrieben sein muss, so, wie wir es in der Honorarordnung der Zahnärzte (HOZ) bereits getan haben“. Die sogenannte „Öffnungsklausel“ (§2a GOZ) sowie die Verankerung der Mehrkostenregelung des SGB V müssten in der zuletzt vorgelegten Form aus rechtlichen und fachlichen Gründen gestrichen werden. Dringenden Handlungsbedarf im Hinblick auf die Ausbildung und die Sicherung des beruflichen Nachwuchses sieht der BZÄK-Präsident auch bei der Verabschiedung der novellierten Approbationsordnung Zahnmedizin. Darüber hinaus gelte es verstärkt, einer Schablonen- oder Einheitsmedizin vor dem Hintergrund mangelnder Ressourcen Einhalt zu gebieten. Eine rein ökonomische Sichtweise der Medizin belaste Ärzte, Zahnärzte und Patienten gleichermaßen. Gleichzeitig bestehe die Gefahr, dass Profitorientierte den Wachstumsmarkt Gesundheit in reiner Profitorientierung besetzten. Mediziner, Zahnmediziner und Patienten verkämen dabei zur bloßen Randerscheinung. Dr. Peter Engel: „Wir können und wollen nicht zu Erfüllungsgehilfen ökonomischer Vorgaben degradiert werden.“

Quelle: <http://www.bzaek.de>

Hepatitis-B-Infektionen von Ärzten und Pflegekräften rückläufig

Eine Infektion mit Hepatitis B verursacht viel Leid und erhebliche Kosten, da die Krankheit chronisch verlaufen und dann schwerwiegende gesundheitliche Folgen nach sich ziehen kann. „Eine chronische Hepatitis B kann nicht mehr geheilt werden“, weiß Arbeitsmediziner Dr. Frank Haamann von der BGW. „Jede Infektion ist daher eine zu viel. So ist es sehr erfreulich, dass es durch Präventionsmaßnahmen gelungen ist, die bei der BGW eingegangenen Meldungen in den letzten zehn Jahren mehr als zu halbieren.“ 1999 waren es noch 255, bis zum Jahr 2008 sank die Zahl auf 106.

Quelle: <http://www.bgw-online.de>

Zweites FTD-Entscheiderpanel zur Gesundheitswirtschaft

Für Deutschlands Entscheider aus der Gesundheitswirtschaft hat die Beibehaltung des System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung oberste Priorität. Mehr als die Hälfte (51,3 Prozent) nennt dies als eine der drei wichtigsten Erwartungen an die neue Regierung. Das geht aus einer Umfrage unter mehr als 300 Führungskräften hervor, die das Online-Marktforschungsinstitut panelbiz zum zweiten Mal für die FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND und die Unternehmensberatung B-LUE Management Consulting durchgeführt hat. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die weitere Auflösung des Monopols von Kassenärztlichen Vereinigungen (43,9 Prozent) sowie die Förderung von Selektivverträgen (38,5 Prozent), durch die beispielsweise Krankenkassen mit Kliniken besondere Konditionen bei planbaren Operationen vereinbaren können.

Wie die Entscheiderpanel-Umfrage von FTD und B-LUE Management Consulting weiter ergab, lässt sich die Branche von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise nicht erschüttern. So bezeichnen fast zwei Drittel (63,7 Prozent) die gegenwärtige wirtschaftliche Situation ihres Unternehmens als gut oder sehr gut. Gegenüber dem ersten FTD-Entscheiderpanel vom Februar bedeutet dies eine noch positivere Beurteilung. Damals hatten 58,7 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Unternehmenssituation mit gut oder sehr gut bewertet. Über die Hälfte der Entscheider (51,9 Prozent) erwartet laut der aktuellen Studie in den kommenden zwölf Monaten zudem eine gute oder sehr gute Entwicklung der eigenen Geschäfte, lediglich etwa jeder Fünfzehnte (6,7 Prozent) blickt pessimistisch in die Zukunft. Die positive Grundstimmung in der Branche belegen auch die Umfrageergebnisse zum Thema Beschäftigung. So planen vier von fünf Befragten (79,2 Prozent), ihre Mitarbeiterzahl in der aktuellen Krise konstant zu halten oder sogar auszubauen.

Die Mehrheit der Führungskräfte (51,6 Prozent) rechnet für das kommende Jahr mit einer Privatisierungswelle im deutschen Krankenhausmarkt. Von diesen Befragten erwarten etwa zwei Drittel (64,8 Prozent), dass bis zu 50 Häuser in private Hand kommen, knapp ein Drittel (29,6 Prozent) vermutet, dass zwischen 51 und 100 Kliniken betroffen sind. Jeder Achtzehnte (5,6 Prozent) ist der Meinung, dass es 2010 mehr als 100 Übernahmen geben wird.

Die Bedeutung von ausländischen Investoren und Finanzinvestoren wird laut der Branchenführungskräfte weiter steigen. So glaubt mehr als die Hälfte der Befragten (54,4 Prozent) an einen wachsenden Einfluss externer Kapitalgeber in den kommenden zwölf Monaten. In der letzten Panel-Umfrage hatten diese Vermutung 41,8 Prozent geäußert. Den größten Investoren-Einfluss erwarten die Entscheider in den Branchen "Krankenhäuser/Reha-Einrichtungen" (56,4 Prozent), "Pharma" (55,7 Prozent) und "Medizintechnik" (49,4 Prozent).

Einen neuen oder bisher nicht gedeckten Bedarf an Dienstleistungen in der Gesundheitswirtschaft sehen die Teilnehmer am FTD-Entscheiderpanel vor allem in den Bereichen "Patientensteuerung" (51,9 Prozent), "Kundenservice/Kundenbindung" (37,9 Prozent) und "Personalentwicklung/Training" (35,0 Prozent).

Quelle: <http://www.ftd.de>

Auswanderung von Medizinern belastet Staat und Sozialkassen

Die Auswanderung von qualifizierten Arbeitskräften verursacht erhebliche Belastungen der öffentlichen Haushalte und Sozialkassen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das ifo Institut jetzt veröffentlicht hat.

In der Studie haben die Wissenschaftler die öffentlichen Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben den Ausgaben für Bildung, Infrastruktur, Renten und andere Sozialleistungen gegenübergestellt. Anhand von zwei typischen Beispielfällen, einem Facharbeiter in der Metallbranche und einer Ärztin, haben sie so die fiskalischen Effekte der Auswanderung berechnet. Im Fall der Ärztin wurde unterstellt, dass sie mit 30 Jahren während der Facharztausbildung ins Ausland geht. In ihrem Fall kommt es durch die Auswanderung sogar im Saldo zu entgangenen Einnahmen von 1,075 Millionen Euro (Barwert 2008).

Keht der Facharbeiter mit 23 Jahren Deutschland den Rücken, so entgehen den öffentlichen Kassen dadurch im Saldo 281.000 Euro. Künftige Zahlungen wurden bei der Kalkulation auf das Jahr 2008 abgezinst.

Über die gesamte Lebenszeit betrachtet führt das zu einer negativen Bilanz für die öffentlichen Kassen in Deutschland. Da die Auswanderer in den betrachteten Beispielfällen vor dem Schritt ins Ausland nur wenig Steuern und Sozialabgaben gezahlt haben, aber besonders von einer kostenlosen Ausbildung profitieren konnten, belasten sie die Allgemeinheit bis zum Zeitpunkt der Auswanderung mit rund 160.000 Euro im Fall des Facharbeiters und 436.000 Euro im Fall der Ärztin. Blieben sie in Deutschland, würden sie hingegen über ihre gesamte Lebenszeit einen positiven Beitrag von 121.000 Euro (Facharbeiter) bzw. 639.000 Euro (Ärztin) für die Allgemeinheit leisten.

„Unsere Berechnung zeigt, wie wichtig es ist, die Abwanderung von Fachkräften zu verhindern. Dafür muss die Politik durch die Gestaltung des Steuer- und Abgabensystems die richtigen Anreize schaffen. In Anbetracht der zunehmenden Zahl von qualifizierten Auswanderern besteht dafür ein hoher Handlungsbedarf“, sagt Dr. Christian Holzner, Bereichsleiter „Sozialpolitik und Arbeitsmärkte“ am Münchner ifo Institut.

Quelle: ifo Schnelldienst - <http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/b-publ/b2journal/20publ8d>

Schwarzbuch zur öffentlichen Verschwendung

BMG baut neuen Eingangsbereich für 900.000 Euro

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) veröffentlichte heute sein Schwarzbuch mit dem Titel „Die öffentliche Verschwendung 2009“. Unter anderem ist dort von verschwenderischem Umgang mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II die Rede – auch das Bundesgesundheitsministerium gehört laut BdSt zu den schwarzen Schafen.

Die Bundesministerien dürfen bekanntlich 650 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II für sich selbst verwenden. Was an fragwürdigen Projekten geplant war, hatte der BdSt bereits in seinem „Krisenbuch“ vom Mai 2009 beschrieben. Inzwischen seien jedoch weitere Details bekannt geworden: Haarsträubend sei beispielsweise ein Projekt des Bundesgesundheitsministeriums. „Nicht nur, dass dessen Neubau in der Bonner Rochusstraße zu klein geraten war (siehe Schwarzbuch 2007), nein, jetzt soll auch der Eingangsbereich des dortigen Dienstsitzes umgestaltet werden. Das kostet voraussichtlich 900.000 Euro“, heißt es in dem Schwarzbuch.

Quelle: <http://www.steuerzahler.de>

Zulassungsverordnung für Vertragszahnärzte

Die Zulassungsverordnung ist ein wichtiges Instrument für die Beteiligten in der medizinischen Versorgung.

Der Bedarf an aktueller und rechtssicherer Information ist entsprechend groß. Mit der Neuauflage seines handlichen Kommentars nach nur 18 Monaten kommt der erfahrene Fachautor, Dozent und Fachanwalt für Medizin- sowie Sozialrecht Rolf Schallen diesem Bedürfnis gewohnt kompetent und zuverlässig nach: Neben dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-OrgWG) wurde die neuere Rechtsprechung eingearbeitet und der kompakte Band ein weiteres Mal um gut 30 Seiten erweitert.

Neben Text und Kommentar zur Zulassungsverordnung enthält das Buch einen Anhang mit weiteren relevanten Gesetzestexten, Richtlinien und Musterberufsordnungen, darunter Texte aus dem SGB V, der Bundesmantelvertrag-Ärzte, die Berufsordnungen der Ärzte- und Zahnärztekammer und vieles mehr. Ein umfangreiches Sachregister hilft beim gezielten Nachschlagen. So fasst die Ausgabe wichtige Informationen zum Zulassungsrecht zu einem praxisgerechten Nachschlagewerk zusammen. Das handliche Format und die übersichtliche Gestaltung erhöhen den Gebrauchswert des Kommentars zusätzlich – für Zahnärzte und deren Rechts-, Steuer- und Praxisberater.

Zulassungsverordnung für Vertragsärzte, Vertragszahnärzte, Medizinische Versorgungszentren, Psychotherapeuten. Kommentar. Von Dr. Rolf Schallen. 7., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2009. XVII, 749 Seiten. Gebunden. € 64,95. ISBN 978-3-8114-4441-6. (Medizinrecht). C.F. Müller, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm

Quelle: <http://www.hjr-verlag.de>

Repräsentative Studie: Bereitschaft der gesetzlich Krankenversicherten zur Zusatzversicherung

Zahnpolizen und gute Betreuung im akuten medizinischen Versorgungsfall stehen im Vordergrund

Die Mehrheit der gesetzlich Krankenversicherten (61 Prozent) ist prinzipiell bereit, ihren Krankenversicherungsschutz auszubauen und eine Zusatzversicherung abzuschließen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Unternehmensberatung Korehnke Kommunikation und dem Marktforschungsinstitut mindline media, die dazu im September 2009 rund 500 Personen ab 14 Jahren telefonisch befragt haben.

Bei den Befragten steht vor allem die Absicherung für den Zahnersatz und die Zahnbehandlung im Vordergrund (Zahnersatz: 39 Prozent; Zahnbehandlung/-pflege: 31 Prozent). Interessant sind außerdem Zusatzpolizen, die optische und akustische Hilfsmittel wie Brillen und Hörgeräte bezuschussen (26 Prozent) sowie eine gute Betreuung im akuten medizinischen Versorgungsfall absichern, wie der schnelle Zugang zu Spezialisten (26 Prozent) und eine bessere Unterbringung und Behandlung im Krankenhaus (24 Prozent).

Nahezu ebenso häufig äußern die GKV-Versicherten Bedarf an Zusatzversicherungen für die Leistungsbereiche Befreiung von Medikamentenzuzahlungen (23 Prozent), Auslandskrankenschutz (23 Prozent) und Heilmittel wie Massagen und Physiotherapie (22 Prozent), gefolgt von Pflegezusatzschutz (20 Prozent) und Naturheilverfahren bzw. alternative Methoden (19 Prozent). Die Möglichkeit, Zugang zu neuen, innovativen Medikamenten und Behandlungsmethoden zu erhalten, deren Kosten die gesetzliche Krankenkasse nicht übernimmt, ist für 18 Prozent der Befragten attraktiv. Für regelmäßige Präventionsprogramme wie Ernährungsberatung und sportmedizinische Beratung sind allerdings nur 9 Prozent der GKV-Versicherten bereit, eine Zusatzversicherung abzuschließen.

Quelle: <http://www.korehnke-kommunikation.de>

Barmer-Chef setzt auf Praxis-Kanibalismus

Nach Ansicht von Barmer-Vorstand Johannes Vöcking bietet die 2010 ins Leben gerufene größte deutsche Krankenkasse Barmer/GEK Chancen für Ärzte und Patienten.

"Wir haben die hohe Kompetenz im Vertragsversorgungsmanagement. Die GEK hat eine hohe Service-Kompetenz. Wir führen das zusammen, um die Stärken in der neuen Kasse zu bündeln. Darüber hinaus werden wir das Thema Versorgungsforschung aufnehmen und intensivieren", sagte Vöcking über das weitere Vorgehen nach der Fusion. Im Interview mit der "Ärzte Zeitung" erläuterte er, dass Barmer und Gmünder als größte deutsche Krankenkasse in Deutschland ihr neue Marktmacht nicht ausspielen wollen. Von der neu gewonnenen Gestaltungskraft sollen Ärzte und Patienten profitieren.

Vöcking: "Die neue Politik ist darauf ausgerichtet, dass die Zahl der Selektivverträge zunehmen wird. Ärzte, die mit uns einen Vertrag abschließen, haben damit nicht nur einen großen Partner, sondern auch ein größeres Patienten-Klientel." Vöcking teile die Befürchtungen der Ärzte vor "Mega-Kassen" nicht. Aus seiner Sicht richte sich die Kritik der Ärzte vielmehr gegen die Vielzahl einzelner Verträge, etwa zur Integrierten Versorgung, die eine Menge Bürokratie ausgelöst hätten.

Größere Strukturen seien da sinnvoller. Monopole und Oligopole lehne man aber in jeder Form ab. Andererseits brauche man auch keine 170 oder 180 Kassen, so Vöcking. Der GKV-Spitzenverband solle sich zudem in erster Linie auf seine koordinierende Rolle konzentrieren. Hier erwarte Vöcking eine größere Resonanz von den Akteuren. Zudem sollte der Verband mehr aus den Kassen heraus leben.

Mit Blick auf die neue Regierungskonstellation sehe die Barmer/GEK eine gewisse Gefahr darin, dass die Privatisierungstendenzen im Gesundheitssystem zunehmen könnten. Daher laute ihre Forderung: Festhalten an den Grundstrukturen und am morbiditätsorientierten Verteilungsmechanismus.

Mit Blick auf den Risikostrukturausgleich könne man überlegen, ob Krankheiten, denen man durch Prävention vorbeugen könne, aus der Liste gestrichen werden sollten, um damit auch den Gedanken der Prävention zu fördern.

Quelle: <http://www.zm-online.de> - mdm

2. Kongress „Young Orthodontists“

Kieferorthopädie mit mehr Herausforderungen denn je

Wer sich in absehbarer Zeit als Fachzahnarzt für Kieferorthopädie niederlassen will, steht nicht nur vor den Herausforderungen der Praxisgründung, sondern auch vor den Herausforderungen des eigenen Faches: Mancher, der seine Ausbildung mit dem Blick auf Kinderbehandlung begonnen hat, erlebt das Gebiet als immer interdisziplinärer werdendes Thema in der Zahnmedizin mit einem wachsenden Anteil an erwachsenen, älteren und zunehmend auch alten Patienten. „Wir hatten nach dem sehr erfolgreichen ersten Kongress „Young Orthodontists“ vor einem Jahr so großen Rücklauf an Resonanz und auch die Empfehlung aus dem Kreis der Teilnehmer, aus der Veranstaltung eine Serie zu machen, dass wir das natürlich gern aufgegriffen haben“, sagt Dr. Gundi Mindermann, 1. Bundesvorsitzende des BDK. In den auf Praxisgründung und –management ausgerichteten Vorträgen vor allem von erfahrenen Kollegen geht es um die Demografie als Thema der Kieferorthopädie, um das Eruiieren der wichtigsten Parameter für Auswahl von Standort und Leistungen der jungen Praxis, um Chancen und Grenzen moderner und von Bevölkerung und Medien nachgefragter Verfahren bis hin zu Rechtstipps rund um Einzelpraxis, Übernahme einer Praxis und Eröffnung einer Praxis mit Kollegen. Mit im Programm: Juristische Konfliktprophylaxe, Kostenmanagement und Grundlagen von Kassen- und Privatabrechnung.

Infos: 2. Kongress „Young Orthodontists“ am 14. und 15. November 09 zentral in Frankfurt, mailto: info@bdk-online.org

Quelle: <http://www.young-orthodontists.de>

Stress ist, wenn man sich immer mehr zurückzieht

BGW nennt 7 deutliche Anzeichen dafür, dass wegen Stress die Gesundheit auf dem Spiel steht

Arbeitsstress, Freizeitstress, Beziehungstress - jeder ist irgendwie im Stress. Und das macht krank. Woran kann man erkennen, wie stressgefährdet man ist? Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) nennt Anzeichen für eine erhebliche, dauerhaft gesundheitsgefährdende Stressbelastung.

Stress, gleich welcher Art, ist auf Dauer ungesund. Er kann sich gesundheitlich ganz verschieden auswirken. „Bei manchen Menschen äußern sich die Folgen in einer psychischen Erkrankung - Depression, Angstzustände, Medikamenten- oder Alkoholabhängigkeit, Schlafstörungen oder Burn-out“, erläutert Annett Zeh, Diplom-Psychologin der BGW, der zweitgrößten gesetzlichen Unfallversicherung in Deutschland. „Häufig reagiert der Körper bei andauernder Stressbelastung auch mit Kopfschmerzen, Tinnitus, Hauterkrankungen oder Rückenleiden. Körperliche und psychische Symptome können gleichzeitig auftreten.“ Und nicht zuletzt führen Hektik und Stress zu Arbeits- und Verkehrsunfällen.

Einige deutliche Anzeichen für Stress

Doch wie kann man feststellen, ob die Stressbelastung ein gesundheitsgefährdendes Ausmaß erreicht hat? „Das ist individuell sehr verschieden“, so die BGW-Expertin. „Doch Stress geht an niemandem spurlos vorüber, auch wenn man sich stressresistent glaubt.“ Es gibt einige deutliche Anzeichen, wenn die Stress-Ampel auf Gelb steht:

1. Sie fühlen sich spürbar gereizt und reagieren schon bei nichtigen Anlässen übermäßig.
2. Sie fühlen sich innerlich gehetzt.
3. Sie können sich nicht mehr entspannen, kommen nur schwer zur Ruhe und fühlen sich auch in der Freizeit zu dauernder Aktivität verpflichtet.
4. Sie merken, dass Ihnen immer häufiger keine Freude mehr bereitet, was Ihnen bislang Spaß gemacht hat.
5. Sie können auf Gespräche nicht mehr eingehen; es fällt Ihnen schwer, anderen zuzuhören.
6. Ihre innere Unruhe überlagert Ihr Interesse an sozialen Beziehungen; Sie vernachlässigen familiäre und freundschaftliche Kontakte.
7. Sie beginnen, sich der Außenwelt zu verschließen, und ziehen sich immer mehr zurück.

„Wer diese Beobachtungen an sich macht,“ so Annett Zeh, „sollte sich nicht scheuen, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Diese können zum Beispiel Betriebsärzte, Psychologen, Psychotherapeuten oder Psychiater leisten. Auch ein offenes Gespräch mit dem Vorgesetzten oder Arbeitgeber kann angeraten sein, um gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.“

Quelle: <http://www.bgw-online.de>

Größte Ansteckungsgefahr durch Kanülen

Die größte Ansteckungsgefahr besteht, wenn sich das medizinische Personal mit Kanülen verletzt, etwa aufgrund von Abwehrbewegungen der Patienten, oder wenn Spritzen nach Gebrauch einfach in den Abfall geworfen werden. Dann durchstechen sie leicht die Mülltüte und stellen - auch für das Reinigungspersonal - eine große Gefahrenquelle dar.

Quelle: <http://www.bgw-online.de>

Impfung sinnvoll und notwendig

Der Rückgang der Infektionszahlen im Gesundheitswesen ist nach Information der BGW auf zwei grundlegende Präventionsmaßnahmen zurückzuführen. Zum einen auf die Möglichkeit der Schutzimpfung, für die die BGW in einer Kampagne massiv geworben hat. „Arbeitgeber im Gesundheitswesen sind verpflichtet, ihren Beschäftigten eine solche Impfung anzubieten, wenn ein entsprechendes Infektionsrisiko besteht“, erläutert der BGW-Experte. „Zum Glück setzt sich immer mehr die Einsicht durch, dass diese Impfung sinnvoll und notwendig ist.“

Quelle: <http://www.bgw-online.de>

Verletzungssichere Instrumente verwenden

Zum anderen macht die BGW Kliniken und Arztpraxen seit längerem auf die Notwendigkeit aufmerksam, verletzungssichere Instrumente zu verwenden - zum Beispiel Injektionsnadeln, die sich nach Gebrauch in eine Schutzhülle zurückziehen oder beim Herausziehen aus der Haut von alleine stumpf werden. Außerdem gibt es verschiedene Modelle durchstichsicherer Entsorgungsbehälter. Seit 2006 sind medizinische Einrichtungen gesetzlich verpflichtet, in gefährdeten Bereichen mit diesen Instrumenten zu arbeiten. Die BGW bietet eine laufend aktualisierte Liste (http://www.bgw-online.de/internet/generator/Inhalt/OnlineInhalt/Medientypen/bgw_20themen/M612-613-Li-Liste-sichere-Produkte.html) sicherer Instrumente zum Herunterladen an.

Quelle: <http://www.bgw-online.de>

Neu: Die Hygienekarte von Spitta

Hygiene in der Zahnarztpraxis ist nicht erst seit Ausbruch der sogenannten „Schweinegrippe“ ein wichtiges Thema. Die Einhaltung geeigneter Hygienemaßnahmen liegt den Praxen dabei ebenso am Herzen wie vernünftige Arbeitsschutzmaßnahmen. So konnten Patienten-Karteikarten bis heute einen ernstzunehmenden Übertragungshort für Krankheitserreger bilden, da sie täglich durch verschiedene Hände gehen und am Behandlungsstuhl Aerosolnebeln ausgesetzt sind.

Spitta als Marktführer in der Praxisorganisation löst dieses Problem als Erster mit einer Folienumspannung der Spitta-Systemkarteikarte: Eine griffige desinfizierbare Folie überzieht die Karteikarte sogar innen, wo sie Krankenblatt und Inhalt der Einstecktasche schützt. Die Folie schirmt die Karte – ganz gleich, ob aufgeschlagen oder geschlossen – rundherum vor Schmutz und Nässe ab und lässt sich jederzeit mit Desinfektionsmittel abwischen. Die neue Hülle steigert die Haltbarkeit der Karte um ein Vielfaches, denn sie nutzt sich so deutlich weniger ab. Ein weiterer Pluspunkt besteht darin, dass Spitta-System-Karteikarten nachträglich mit der Schutzfolie ausgestattet werden können, da die Lochung für die Heftmechanik 1:1 übereinstimmt und die Folie die einfache Weiternutzung der Signalreiter garantiert. Als erste und einzige erfüllt die Hygienekarte von Spitta sowohl die Hygiene-Vorgaben der RKI-Richtlinien zum Infektionsschutz als auch die hohen Qualitätsmaßstäbe für Standardkarteien.

Spitta-Hygiene-Karteikarte
Starterset: Packung à 20 Stück inkl. Gebrauchsanleitung
19,90 € zzgl. MwSt. und Versandkosten
Art.-Nr.: 1007014162

Quelle: <http://www.spitta.de/karteikarte-rki-a5>

Auszeichnung für Verdienste zur Förderung der Prophylaxe

Dr. Christiane Goepel erhält die Tholuck-Medaille 2009!

Fast zwei Jahrzehnte engagiert und erfolgreich im Dienst der Mundgesundheit: Seit dem Jahr 1990 ist Frau Dr. Christiane Goepel Geschäftsführerin der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege (DAJ)“ – und seit 30. Oktober 2009 auch Trägerin der Tholuck-Medaille des Vereins für Zahnhygiene e.V. (VFZ). Mit ihrer Verleihung würdigte der Verein die großen Verdienste von Frau Dr. Goepel zur Förderung der Zahngesundheit in Deutschland. VFZ-Vorstandsvorsitzender Michael Mohr betonte anlässlich der Übergabe der renommierten Auszeichnung im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung der LAGZ Bayern im oberbayerischen Kloster Seeon ihren „unermüdlichen, klugen und weitsichtigen Einsatz“.

Eine Blindbewerbung bei der „Bundesvereinigung für Gesundheit“ (heute: Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung) brachte die aktuelle Preisträgerin zum damaligen „Deutschen Ausschuss für Jugendzahnpflege“. Für die Zahngesundheit hier zu Lande erwies sie sich als „Volltreffer“, so Michael Mohr, denn Dr. Christiane Goepel setzte sich fortan in herausragendem Maße für die Gruppenprophylaxe der Heranwachsenden in Deutschland ein – nicht zuletzt dank des großen Engagements von Frau Dr. Goepel weisen Jugendliche hier zu Lande insgesamt eine immer bessere Zahngesundheit auf!

Damit liefert die Empfängerin der Tholuck-Medaille auch das Musterbeispiel eines erfolgreichen Quereinstiegs, da sie studierte Pharmazeutin ist. Doch seit 1990, und somit seit fast 20 Jahren, ist Dr. Goepel hundertprozentig „zu Hause“ in der Zahngesundheitsaufklärung und als Geschäftsführerin der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege (DAJ)“ in Bonn tätig – nur wenige können solch große Verdienste in der Förderung der Prophylaxe in Deutschland aufweisen wie sie: So sorgt die diesjährige Preisträgerin für den Informationsaustausch mit den Mitgliedsorganisationen, schafft Plattformen zum Ideenaustausch und koordiniert epidemiologische Begleituntersuchungen zur Gruppenprophylaxe. Auch der Ausbau bundesweiter Fortbildungen durch praxisorientierte Workshops und spezielle Angebote für Zielgruppen in besonderen Lebenslagen, wie zum Beispiel Migranten oder geistig Behinderte, zählen zu ihren Leistungen. Außerdem engagiert sie sich im Kampf gegen Nuckelflaschenkaries und installierte ein Internetportal, das speziell auf die Situation und Lebenswelt von Jugendlichen ausgerichtet ist, um nur einige Beispiele des beruflichen Wirkens von Frau Dr. Goepel zu nennen.

Ihre Auszeichnung, die Tholuck-Medaille, ist nach dem Frankfurter Obermedizinalrat in Ruhe Dr. Hans-Joachim Tholuck benannt. Verliehen wird sie seit 1973 an Persönlichkeiten, die sich um die zahngesundheitliche Aufklärung und Erziehung verdient gemacht haben. Der Jury gehören Vertreter des Arbeitskreises Zahnmedizinische Information, der Bundeszahnärztekammer, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, des Bundesverbandes der Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege und des VFZ an.

Quelle: Verein für Zahnhygiene e.V. – <http://www.zahnhygiene.de>

Spezialist für orale Prävention „twittert“

Die GABA GmbH, Spezialist für orale Prävention, startet ab sofort ein neues Informationsangebot auf der Kommunikationsplattform Twitter. Unter der Internetadresse <http://www.twitter.com/zahngesundheit> veröffentlicht das Unternehmen kurze und schnelle Informationen zu neuen Informationsangeboten, Veranstaltungen und Produkten.

Twitter ist ein Weblog, das eine sehr schnelle Publikation kurzer Textnachrichten ermöglicht. Der Netzwerk-Charakter von Twitter entsteht dadurch, dass man die Nachrichten anderer Nutzer abonnieren kann. Diese Leser eines Autors werden „Follower“ genannt. Dr. Stefan Hartwig, Head of PR & Communication der GABA GmbH, erklärt dazu: „Wir haben unseren Auftritt bei Twitter speziell auf die Bedürfnisse des zahnärztlichen Teams zugeschnitten. Wir möchten zusätzlich zu dem vorhandenen Informationsangebot eine sehr zeitgemäße und noch schnellere Kommunikationsform etablieren.“

So kann man den neuen Informationsdienst nutzen: Gehen Sie einfach auf <http://www.twitter.com/zahngesundheit> und folgen Sie unseren Beiträgen. So kann man sich bei Twitter anmelden: Klicken Sie einfach auf „Join today!“ und legen Sie ihr Profil auf Twitter an. Klicken Sie auf den Button „Join today“ oder „Sign up now“. Geben Sie folgende Daten für die Anmeldung ein: Vorname und Nachname, einen frei wählbaren Usernamen, ein Passwort sowie Ihre E-Mail-Adresse. Tippen Sie die Ziffern-Buchstaben-Kombination des dargestellten Bildes ein. Klicken Sie auf „Create my Account“ – nun sind Sie angemeldet.

Sie haben nun die Möglichkeit, nach Ihren Freunden zu suchen oder User auszuwählen, deren Twitter-Tweets Sie folgen möchten. Gehen Sie in Ihrem Profil auf Ihre Home-Seite. Dort können Sie rechts über die Suchmaske nach „zahngesundheit“ suchen und erhalten alle Tweets von GABA. Per Klick auf das GABA-Logo oder den Usernamen „zahngesundheit“ kommen Sie auf den Zahngesundheit-Twitter. Einfach auf „Follow“ klicken – fertig! Jetzt können Sie die aktuellsten Nachrichten über Zahngesundheit auf Ihrer Home-Seite Ihres Twitter-Profiles verfolgen.

Quelle: <http://www.gaba.com>

Vom Geheimtipp zum Spar-Renner: Partnerfactoring

Kombinierter Abrechnungsservice lässt immer mehr Zahnärzte und Labore profitieren. Über 30 Millionen Euro Volumen pro Jahr

Lange galt das Partnerfactoring der Zahnärztlichen Abrechnungsgenossenschaft (ZA) als Geheimtipp für kostenbewusste Praxisinhaber. Inzwischen haben sich die Vorteile herumgesprochen: Seit 2008 ist die Anzahl der Nutzer um über 25 Prozent gestiegen, 2008/2009 wurden über 30 Millionen Euro auf diese Weise abgerechnet. Das Partnerfactoring ist ein intelligentes Spar-Bündnis zwischen ZA, Praxis und Labor. Während der Zahnarzt beim bewährten klassischen Factoring üblicherweise Abschläge zwischen 2,5 und 3,5 Prozent des Rechnungsbetrages in Kauf nehmen muss, können die Kosten durchs Partnerfactoring um rund die Hälfte gesenkt werden. Die Ersparnis schlägt leicht mit mehreren tausend Euro im Jahr zu Buche. Das Labor profitiert durch Sofortüberweisung der Rechnung bei unbegrenztem Ausfallschutz.

Beim Factoring werden die Forderungen durch die ZA angekauft und umgehend aufs Praxiskonto überwiesen. Die zu zahlenden Abschläge richten sich nach Praxisumsatz, Risiko und individuellem Liquiditätsbedarf. Über 4.000 Kunden der ZA haben Factoring bereits als idealen Weg erkannt; immer mehr nutzen inzwischen auch das Kosten sparende Partnerfactoring.

„In Zahnarztrechnungen mit prothetischen Leistungen sind heute durchschnittlich 40 Prozent Zahnarzt Honorar und 60 Prozent Laborkosten enthalten“, erklärt Volker Hellwich, Zahnarzt und ZA-Vorstand. „Die Factoringgebühren werden also stark durch Fremdkosten beeinflusst. Hier haben wir eine elegante Lösung gefunden.“

Beim Partnerfactoring verabredet der Zahnarzt mit seinem Dentallabor, dass die Laborrechnung direkt via ZA abgewickelt wird. Sofortüberweisung unter Abzug der Abschläge bei hundertprozentiger Auszahlungsgarantie gelten dann für beide. Der Zahnarzt reicht nach wie vor die Gesamtforderung ein, zahlt aber nur noch Abschläge auf seinen Honoraranteil. Verglichen mit dem klassischen Factoring ergibt sich eine rechnerische Belastung von deutlich unter 2 Prozent.

Am Handling ändere sich nichts, betont Wolfgang Balmes, ZA-Finanzvorstand: „Das Labor schickt dem Zahnarzt wie immer seine Einzelrechnung, der gibt sie mit seiner Gesamtforderung an uns weiter.“

ZA - Zahnärztliche Abrechnungsgenossenschaft eG
Dr. Susanne Woitzik
Telefon: 02 11 / 56 93-223
Telefax: 02 11 / 56 93-294
mailto: swoitzik@za-eg.de

Quelle: <http://za-eg.de/>

Weihnachtsgeld - Vorfestliche Freude

In vielen Wirtschaftszweigen bekommen die Arbeitnehmer in diesen Tagen neben dem Monatslohn eine Jahressonderzahlung ausgeschüttet – das so genannte Weihnachtsgeld. Angesichts der anhaltenden Konjunkturflaute dürfte das Extra zum Fest in diesem Jahr allerdings nicht mehr so großzügig ausfallen wie früher. In einigen Branchen lässt sich sogar die tariflich vereinbarte Sonderzahlung absenken – im Gegenzug können sich die Arbeitnehmer aber über einen sichereren Arbeitsplatz freuen.

Fast alle Beschäftigte haben in Deutschland Anspruch auf eine Jahressonderzahlung. In Westdeutschland erhalten 98 Prozent ein solches Extraeinkommen, im Osten immerhin noch 90 Prozent. Die tariflich festgelegten Sonderzahlungen – also Urlaubs- und Weihnachtsgeld zusammen – machten im vergangenen Jahr in Westdeutschland fast ein volles Monatseinkommen aus. Die Ostdeutschen erhielten im Schnitt rund 85 Prozent eines Monatslohns. Das ist ein beträchtlicher Batzen, den die Arbeitgeber zusätzlich schultern müssen:

Die Höhe des Weihnachtsgeldes fällt in den einzelnen Branchen jedoch unterschiedlich aus. Besonders großzügig sind die Kreditinstitute. Über das Weihnachtsgeld hinaus zahlen sie vielfach noch auf freiwilliger Basis eine Jahresprämie, sodass die meisten Bankangestellten sogar 14 Monatsgehälter nach Hause bringen. Etwas weniger in der Lohntüte haben die Beschäftigten der Druck- und der keramischen Industrie. Mit einem knappen Monatsgehalt außer der Reihe kommen sie aber weitaus besser davon, als ihre Kollegen in anderen Branchen. So gibt es im westdeutschen Bau- und Gastgewerbe sowie in der Metall- und Elektroindustrie gerade mal gut die Hälfte eines Monatslohnes als Weihnachtsgeld, allerdings bekommen die Metalller noch ein Urlaubsgeld in etwa gleicher Höhe.

Angesichts der flauen Wirtschaftsperspektiven könnte das Geld für die diesjährigen Weihnachtseinkäufe knapper werden als im Vorjahr. Denn in einigen Bereichen lassen die Tarifverträge eine flexible Gestaltung der Extrazahlung zu. Ein von der individuellen Leistung oder vom Unternehmenserfolg abhängiges Weihnachtsgeld wäre ohnehin eine Möglichkeit, in ein anpassungsfähigeres Lohnsystem einzusteigen. Wird ein Teil des Einkommens variabel gezahlt, macht das die Arbeitskosten flexibler – und die Jobs in Krisenzeiten sicherer.

Quelle: <http://www.iwkoeln.de>

Fachgruppe Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde im Deutschen Netzwerk Versorgungsforschung gegründet

Düsseldorf. Gemeinsam mit über zwanzig Repräsentanten aus der zahnmedizinischen Wissenschaft und Forschung, darunter der Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, Dr. Wolfgang Bengel, hat sich am 1. Oktober 2009 die Fachgruppe „Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde“ des Deutschen Netzwerks für Versorgungsforschung e.V. (DNVF) konstituiert. Zum Sprecher der neuen Fachgruppe wurde Prof. Dr. Christof Dörfer (Uni Kiel) gewählt.

Wie der Geschäftsführer des DNVF, Prof. Dr. Edmund Neugebauer, der vom DNVF-Vorstand als Pate für Fachgruppe benannt worden war, erläuterte, sei es Ziel des 2005 mit 20 Fachgesellschaften gegründeten Netzwerks, die an der Versorgungsforschung im Gesundheitswesen beteiligten Wissenschaftler zu vernetzen, Wissenschaft und Versorgungspraxis zusammenzuführen sowie die Versorgungsforschung insgesamt zu fördern. Das Netzwerk ist methodenorientiert und veranstaltet einen jährlichen Deutschen Kongress für Versorgungsforschung. Prof. Neugebauer empfahl der neuen Fachgruppe die Mitarbeit an der Arbeitsgruppe „Patienteninformation“.

Auf Vorschlag von Dr. Wolfgang Micheelis (Institut deutscher Zahnärzte / IDZ) sollen kurze Beiträge in den Zahnärztlichen Mitteilungen sowie in der DZZ die weitere Arbeit der Fachgruppe begleiten. In Anlehnung an die EbM-Splitter sollen in der DZZ außerdem fortlaufend kurze Beiträge die Methodik der Versorgungsforschung vorstellen. Die Mitglieder der Fachgruppe stimmen untereinander ab, wer als Ansprechpartner auf welchen Themenfeldern mitarbeiten möchte. Treffen der Fachgruppe sollen jeweils zum Kongress für Versorgungsforschung stattfinden, darüber hinaus wird halbjährlich ein Mitgliederbrief versandt. Die Gründung der Fachgruppe geht auf die ursprüngliche Initiative des DGZMK-Präsidenten Prof. Dr. Thomas Hoffmann (Uni Dresden) zurück, die in der Zusammenarbeit mit dem IDZ vorangetrieben wurde. „Damit schließen wir eine weitere Lücke für die Schaffung einer wissenschaftlich evidenzbasierten ZMK in Deutschland“, so Hoffmann.

Neue DGZMK-Leitlinie „Dentale Volumetomographie (DVT)“

Düsseldorf. Die DGZMK hat auf ihrer Homepage (<http://www.dgzmk.de>) eine neue S1-Leitlinie „Dentale Volumetomographie (DVT)“ veröffentlicht. Das 14seitige Dokument steht als pdf-Datei zum Download zur Verfügung. Diese Leitlinie bildet den Wissensstand bzgl. Technik, Anwendung, Dosis und des rechtlichen Umfeldes der DVT ab. Sie dient der Definition von prinzipiellen Rahmenbedingungen der Anwendung der DVT innerhalb der Zahnheilkunde in Deutschland und soll hierfür Handlungsempfehlungen etablieren. Die DVT habe ihre Position im diagnostischen Arsenal für elektive zahnmedizinische Fragestellungen bei der Hartgewebsdiagnostik gegenüber der herkömmlichen CT zunehmend gefestigt und weise gegenüber dem CT eine geringere Strahlenexposition aus, stellt die Leitlinie in ihrer Zusammenfassung fest.

Quelle: <http://www.dgzmk.de>

„Kann-Soll-Muss“ man per DVT röntgen?

pluradent DVT-Symposium „science meets practice“:

Zum vierten Mal lud die pluradent AG & Co KG zum DVT-Symposium „science meets practice“ ein. In Hamburg informierten am 12. September 2009 Referenten aus Hochschule und Praxis Zahnärzte über die Technik der dentalen Volumentomographie (DVT), das Indikationsspektrum, die Vorteile für Patienten und den wirtschaftlichen Nutzen für die Praxis.

In seiner Einführung verdeutlichte der wissenschaftliche Leiter des Symposiums, Professor Dr. Dr. Stefan Haßfeld, Dortmund, neben den Unterschieden zwischen der DVT-Technologie und Panoramaaufnahmen, vor allem auch den Nutzen der neuen Technik.

Mit DVT schaut man in die dritte Dimension

Der besondere diagnostische Vorteil des DVT-Röntgens liegt darin, dass durch die räumliche Darstellung Lagebeziehungen erfassbar werden. Neben Professor Haßfeld präsentierten die Referenten Beispiele aus der konservierenden Zahnheilkunde einschließlich Endodontie und Parodontologie und gingen auf prägnante Fälle aus der zahnärztlichen Prothetik, Funktionsdiagnostik, allgemeinen Chirurgie, Kieferorthopädie und Implantologie ein.

Dr. Carsten Stockleben, Hannover, beeindruckte die Teilnehmer mit einer Reihe von Anwendungen der DVT-Technologie in den Bereichen Implantologie, Implantatplanung, Chirurgie und besonders bemerkenswerten Fällen aus der Endodontie. Er resümierte: „Wir möchten DVT nicht mehr missen, man sieht vor dem Eingriff, was einen erwartet. Ich möchte möglichst viel Sicherheit haben – für mich und meine Patienten.“ Dr. Helmut Steveling, Heidelberg, spann den Faden weiter: von der dreidimensionalen Diagnostik über die sich anschließende digitale chirurgische und prothetische Planung bis hin zu virtuell konstruierten und individuell gefrästen Abutments.

Gewinn ansteuern

Zahnarzt Thomas Pfeiffer, Peine, nahm seine Zuhörer mit auf eine interessante Reise in die Welt der Zahlen. Das Resümee seiner Wirtschaftlichkeitsberechnungen zur Anschaffung und achtjährigen Amortisationsspanne eines DVT-Gerätes: Von Anfang an könne man in die Gewinnzone fahren. Dafür genügte schon zwei Aufnahmen pro Woche. An einem Beispiel rechnete er vor, dass dazu bei einer achtjährigen Abschreibungsdauer ein Umsatz von 34.000 Euro pro Jahr erforderlich sei – ein Betrag, der durch etwa hundert privat abgerechnete DVT-Aufnahmen zu erzielen sei. Bei der Kostenaufstellung legte er ein großvolumiges DVT-Gerät im Wert von 150.000 Euro zugrunde, berücksichtigte Zinsen und Wartungskosten und kalkulierte auch einen dreißigprozentigen Gewinn ein. Die Privatabrechnung sei aus seiner Erfahrung kein wirkliches Hindernis: „Mit einer adäquaten Patientenkommunikation, die den Nutzen und die Sicherheit in den Mittelpunkt rücke, sei das ‚Verkaufen der Privatleistung DVT‘ zu erreichen. Darüber hinaus betonte Pfeiffer, dass die DVT-Anwendung ihrerseits zusätzlichen Umsatz generiere und helfe, attraktive Patientengruppen zu erschließen.“

Die Technik und was sie leistet

Mit der Bilddarstellung und Bildanalyse, den diagnostischen Vorteilen gegenüber dem 2D-Röntgen, der präimplantologischen Planung und der DVT-Technik beschäftigte sich Dr. Christian Scheifele, Berlin. Die zurzeit erhältlichen DVT-Geräte unterscheiden sich zum Beispiel in der Strahlendosis und dem Auflösungsvermögen, dem Wiedergabefenster („Field of view“), der Ersatzteil-Handhabung, den Software-Möglichkeiten, dem Service sowie schließlich im Preis, so Dr. Scheifele. Seine Schlussfolgerung zum Einstieg in die DVT-Welt: „Machen Sie es bald – machen Sie es richtig – machen Sie es nicht allein!“

In der Diskussion kamen neben Fragestellungen zu konkreten Anwendungsgebieten auch das "Soll-Sollte-Kann" zur Sprache. Professor Haßfeld sprach die mittlerweile veröffentlichte Leitlinie zum DVT-Einsatz der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) an. Diese steht auf der Internetseite der DGZMK unter <http://www.dgzmk.de/zahnaerzte/wissenschaft->

[forschung/leitlinien/details/document/dentale-volumetomographie-s1.html](http://www.forschung/leitlinien/details/document/dentale-volumetomographie-s1.html) und auf: <http://www.uni-duesseldorf.de/awmf/II/083-005.htm>

Das Profil der Praxis bestimmt das Gerät

Dr. Wolfram Schön, Leiter Strategisches Marketings bei pluradent, betonte in seiner kurzen Einführung die Rolle von pluradent im Entscheidungsprozess. Nicht das Gerät an sich, sondern die Indikationen und das Behandlungsspektrum der Zahnarztpraxis stehen im Mittelpunkt der Auswahl. Pluradent hat unter anderem einen Entscheidungsbaum entwickelt, der im Beratungsgespräch zwischen Zahnarzt und pluradent IT-Spezialist Einsatz findet und dazu beiträgt, nicht einfach ein DVT-Gerät herauszusuchen, sondern zur Bestlösung für die jeweilige zu kommen. In der Zusammenfassung dankte er den Referenten des DVT-Symposiums für ihre konkreten Informationen, die die Teilnehmer mit fundiertem Wissen über die Indikationsbreite und die Einführung der zukunftsweisenden DVT-Technik in ihrer eigenen Praxis „versorgt“ hätten.

Die Referenten des pluradent DVT-Symposiums am 12.09.2009 in Hamburg:

- Professor Dr. Dr. Stefan Haßfeld, Direktor der Klinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie des Klinikums Dortmund und Lehrstuhlinhaber der Universität Witten/Herdecke
- Dr. Christian Scheifele, CharitéCentrum CC 3 für Zahn-, Mund und Kieferheilkunde, Bereich Oralmedizin, zahnärztliche Röntgenologie und Chirurgie, Berlin
- Dr. Carsten Stockleben, Gemeinschaftspraxis Drs. Stockleben und Zentrum für Prophylaxe und innovative ZahnMedizin, Hannover
- Zahnarzt Thomas Pfeiffer, Gemeinschaftspraxis Pfeiffer und Platen, Peine
- Dr. Helmut Steveling, Oberarzt, Abteilung MKG-Chirurgie des Universitätsklinikums Heidelberg

Quelle: <http://www.pluradent.de>

Bundeszahnärztekammer fordert Erhalt des Staatsexamens für Zahnmedizinstudenten

Präsident Engel befürchtet durch Einführung des Bachelor in der Zahnmedizin drastische Verschlechterung für die nachfolgende Generation

Die Kultusministerkonferenz hat gestern in Waren an der Müritz über die Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses beraten. Dabei wurden Schwachstellen in der Umsetzung der Reform aufgegriffen. Dies nimmt die Bundeszahnärztekammer erneut zum Anlass darauf hinzuweisen, dass die seit 50 Jahren geltende Approbationsordnung für Zahnärzte nicht zuletzt im Sinne des Patientenschutzes dringend reformbedürftig ist. „Da die Anforderungen, denen sich der Zahnarzt aufgrund der Entwicklung der Gesundheitsversorgung und der Entwicklung in der zahnmedizinischen Wissenschaft stellen muss, einem stetigen Wandel unterzogen sind, ist eine Reform der zahnärztlichen Approbationsordnung dringend erforderlich“, so der Präsident der BZÄK, Dr. Peter Engel.

Die Bundeszahnärztekammer betont, dass das einheitliche und hochwertige Zahnmedizinstudium mit dem Abschluss Staatsexamen erhalten bleiben muss, da der Bachelor in der Zahnmedizin keinen berufsqualifizierenden Abschluss darstellt. BZÄK-Präsident Peter Engel warnt vor der geplanten Umsetzung. Sollten daher im Rahmen der Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses Bachelor-/Master-Studiengänge Eingang in eine neue Approbationsordnung finden, würde dies bedeuten, dass „eine qualitätsgesicherte Ausbildung im Hinblick auf eine Befähigung des Zahnarztes zur Berufsausübung nach der Approbation zunehmend in Frage gestellt wird. Wenn in zwei Jahren die doppelten Abitur-Jahrgänge auf uns zukommen, wird sich die Situation hinsichtlich der Qualität der Ausbildung noch einmal dramatisch verschlechtern.“

In ihrer Verantwortung für den zahnmedizinischen Nachwuchs fordert die Bundeszahnärztekammer von der Politik auf den Sachverstand der Experten zurückzugreifen.

Quelle: <http://www.bzaek.de>

Qualität des Medizinstudiums erhalten - aber nicht durch Bachelor-/Master-Studium

**Die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin spricht sich für einen Erhalt des guten Ausbildungsni-
veaus im medizinischen Studium aus. Die von Teilen der Politik aktuell geforderte Einführung eines
Bachelor-/Master-Studiums auch in der Medizin im Zuge des sogenannten Bologna-Prozesses ist
nicht geeignet, dieses Ziel zu fördern.**

1. Die wesentlichen Elemente des 1999 beschlossenen sogenannten Bologna-Prozesses sind europaweit vergleichbare Studienabschlüsse, die Einführung eines zweigestuften Ausbildungssystems (Bachelor-/Master) sowie eine erhöhte Mobilität der Studierenden. Besonders hervorgehoben wurde das Ziel, die Zahl der Studienabbrecher zu reduzieren.
2. Die zum Teil hohen Abbruchquoten (im Bereich Sprach- und Kulturwissenschaften lagen diese regelmäßig über 40 Prozent) betragen laut einer aktuellen HIS-Studie aus dem Jahre 2008 im Medizinstudium lediglich fünf Prozent und können somit kaum noch weiter abgesenkt werden. Dieser Wert belegt nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin eindeutig die Attraktivität und Qualität der derzeitigen Organisation des Medizinstudiums. Eines der zentralen Ziele der Bologna-Reform ist damit bereits erfüllt.
3. Vergleichbares gilt für die angestrebte Erhöhung der Mobilität der Studierenden. In mehreren Untersuchungen zu studienbezogenen Aufenthalten deutscher Studierender in anderen Ländern hat sich gezeigt, dass Studierende in Bachelor-Studiengängen erheblich weniger mobil sind als Studierende anderer Studiengänge. Die Mobilität von Studierenden in Staatsexamens- und Magister-Studiengängen ist um den Faktor zwei bis drei höher. Fächerspezifisch zeigt sich, dass Medizinstudenten - gleich hinter den Studenten der Sprach- und Kulturwissenschaften - die Studentengruppe mit der größten Mobilitätsquote sind.
4. Die angemahnte verbesserte Vergleichbarkeit der europäischen Studienabschlüsse ist für die Medizin bereits seit 1993 durch die Europäische Richtlinie 93/16/EWG (ab 2007: Richtlinie 2005/36/EG) abschließend geregelt. Medizinische Studienabschlüsse sind ohne Einschränkungen vergleichbar. Eine weitere Verbesserung durch eine Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen ist insoweit kaum möglich.
5. Weiterhin weist die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin darauf hin, dass das ärztliche Studium nach den Vorgaben der Europäischen Union und der ärztlichen Approbationsordnung aus dem Jahre 2002 mindestens sechs Jahre (das heißt 5.500 Stunden theoretischer und praktischer Unterricht) an einer Universität umfassen muss. Im Rahmen eines auf sechs Semester begrenzten Bachelor-Studiums wäre folglich nicht einmal ansatzweise eine Arztausbildung zu leisten. Ein "Bachelor of Medicine" wäre zudem ein akademischer Abschluss ohne Berufsbild. Als Arzt kann der Bachelor nicht praktizieren, da ihm nicht nur die Fähigkeiten, sondern auch die Rechtsgrundlage mangels sechsjähriger ärztlicher Grundausbildung fehlt. In der Forschung kann er mangels wissenschaftlicher fundierter Ausbildung ebenfalls nicht arbeiten. Dies betrifft auch die pharmazeutische Industrie. Für eine "Akademisierung der Gesundheits-Hilfsberufe" bieten sich andere Formen, beispielsweise Aufbaustudiengänge an Fachhochschulen, an. Aus all den genannten Gründen lehnt die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin die Einführung eines Bachelor-/Master-Ausbildungssystems für das Fach Medizin in Deutschland ab.
6. In Zeiten zunehmenden Ärztemangels spricht sich die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin stattdessen für eine Steigerung der Attraktivität des Medizinstudiums aus. Hierbei ist auf eine Verbesserung der Studienbedingungen abzustellen. So ist der Zuschuss der Bundesländer für den jeweiligen Studienplatz in der Medizin seit Jahren rückläufig. Hier müssten die Reformbemühungen der Bundesländer ansetzen. Exzellenter wissenschaftlicher Nachwuchs ist eine Grundvoraussetzung für den medizinischen Fortschritt von morgen. Problematisch erscheint auch, dass eine erhebliche Anzahl der

Studienabsolventen in den nicht kurativen Bereich oder ins Ausland abwandert. Um dies zu verändern, sind die Arbeitsbedingungen, gerade auch in der Forschung, nachhaltig zu verbessern.

Die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin wird von folgenden Institutionen getragen:

Deutscher Hochschulverband:

Präsident: Universitätsprofessor Dr. Bernhard Kempen

Bundesärztekammer

Präsident: Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe

Marburger Bund

Vorsitzender: Rudolf Henke

Medizinischer Fakultätentag

Präsident: Universitätsprofessor Dr. Dieter Bitter-Suermann

Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften

Präsident: Universitätsprofessor Dr. Karl Heinz Rahn

Bundesvereinigung der Landeskonferenzen ärztlicher und zahnärztlicher Leiter von Kliniken, Instituten und Abteilungen der Universitäten und Hochschulen Deutschlands

Vorsitzender: Universitätsprofessor Dr. Christian Ohrloff

Deutsche Gesellschaft für Medizinrecht

Präsident: Dr. Albrecht Wienke

Quelle: mdm

Drei von vier Studenten gestresst

Tipps und Tricks helfen

Mit dem Start des Wintersemesters beginnt für die Studierenden in Deutschland wieder der Stress durch Referate, Hausarbeiten und Prüfungen. Drei Viertel der Studierenden in Deutschland fühlen sich laut einer aktuellen Forsa-Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse (TK) durch die Uni gestresst. Dabei gibt es nach den Angaben des TK-Gesundheitsexperten Gerhard Mahltig einfache Tricks und Kniffe, um besser mit Prüfungsstress und Leistungsdruck in der Uni klarzukommen: "Effektive Lern- und Arbeitstechniken, Gedächtnisarbeit, Zeitmanagement und natürlich Entspannungstraining sind nur einige davon."

"Zunächst ist es wichtig, die eigene Arbeitsweise und Zeitplanung näher unter die Lupe zu nehmen", rät Mahltig. So steht am Anfang die Selbstanalyse - am besten schriftlich: Wie viel Zeit geht für welche Dinge drauf? Anhand dieser Aufzeichnungen lässt sich herausfinden, wo die persönlichen "Zeitfresser" stecken, zum Beispiel unnötige Unterbrechungen, Telefonate, fehlende Prioritätenplanung, ein unordentlicher Schreibtisch. Eine Checkliste hilft, die Zeit besser in den Griff zu bekommen. Mahltig: "Dabei ist es wichtig, konsequent zu kontrollieren, ob man die gesteckten Ziele auch erreicht."

Hilfreich sei es meistens, wenn die Studierenden sich auf einem Zettel eine Liste mit erreichbaren Zielen für den jeweiligen Tag, die Woche, oder den Monat erstellen. "Dadurch merke ich schon früh, wenn ich zeitlich im Rückstand bin und kann mich rechtzeitig darauf einstellen", so der TK-Gesundheitsexperte. Außerdem sei es hilfreich, bei den Zielen klare Prioritäten festzulegen, welche Aufgaben wichtig und welche auch dringend sind. Bei der Zeitplanung komme es auf konkrete, realistische Ziele an. Mahltig: "Dabei sollte jeder einen vernünftigen Zeitpuffer nicht vergessen, damit nicht kleine Verzögerungen den gesamten Zeitplan gefährden." Größere Projekte sollten immer in überschaubare und zu bewältigende Etappenziele eingeteilt werden. "Dadurch habe ich die Aufgaben schon ein wenig gegliedert und bei jeder Etappe habe ich ein Erfolgserlebnis, das mich motiviert." Checklisten hätten eine ähnlich motivierende Wirkung. Gleichzeitig Sorge die Liste dafür, dass keine Aufgabe vergessen wird.

Bei den Arbeitszeiten sollten Studierende auch auf die eigenen Neigungen achten. Mahltig: "Es gibt Morgen- und Nachtmenschen. Für besonders anspruchsvolle Aufgaben nutzt jeder am besten die eigenen Leistungshochs." In solchen Phasen sei es sinnvoll, sich nicht ablenken oder stören zu lassen und Telefonate konsequent abzublocken. Auch ein sinnvoll organisierter und ordentlicher Arbeitsplatz spare häufig kostbare Arbeitszeit. Weitere Informationen zum Thema Zeitmanagement und Stressbewältigung bietet die Broschüre "Der Stress", die kostenlos bei der TK erhältlich und unter www.tk-online.de herunterzuladen ist.

Quelle: <http://www.tk-online.de>

Studieren mit dem richtigen Sicherheitsnetz

So richtig in Fahrt ist das neue Semester noch nicht gekommen. Aber die Frischlinge - die Erstsemester - stecken schon mittendrin im Wust. Dennoch: Bei allen neuen Eindrücken darf die richtige Versicherung nicht fehlen. Auch nicht für gestandene Studenten.

Für Studenten beginnt jetzt wieder der Alltag mit Vorlesungen, Seminaren und Prüfungen. Doch das gut zu überstehen, ist auch eine Frage, wie gut das Studentenleben abgesichert ist.

Mit der **Krankenversicherung** werden sich die meisten Neu-Studenten schon beschäftigt haben. Denn entweder bestand eine Familienversicherung oder sie verfügten bereits über einen eigenen Versicherungsschutz. Sinnvoll ist in aller Regel die studentische Krankenversicherung, die für 53,40 Euro im Monat die gesetzlichen Leistungen anbietet. Bei privat versicherten Eltern ist oftmals auch eine private Versicherung eine Option, die allerdings deutlich teurer werden dürfte. Dafür sind aber auch die Leistungen in der Regel entsprechend umfangreicher.

Besonders wichtig für junge Studenten ist zudem ein ausreichender **Haftpfllichtschutz**. Allerdings sind sie bis zum Ende der ersten Ausbildung (bei einigen Versicherern begrenzt auf das 25. Lebensjahr) bei den Eltern mitversichert, wenn diese eine Police haben.

Einen **Hausratschutz** kann es ebenfalls über die Eltern geben. Allerdings gilt dies nur, wenn der angehenden Akademiker im Wohnheim oder einem Zimmer zur Miete wohnt, der Lebensmittelpunkt jedoch noch die elterliche Wohnung ist. Andernfalls muss geklärt werden, ob ein eigener Schutz sinnvoll ist. Vor allem bei teuren Elektrogeräten wie PC, Fernseher oder Stereoanlage kann es sich lohnen, zumindest einen Vertrag mit einer geringen Versicherungssumme abzuschließen.

Nachdenken sollten Studenten auch über eine **Berufsunfähigkeitsversicherung**. Dabei sind zwei Dinge wichtig: Einerseits sollten Studenten Verträge wählen, die bereits aufgrund der gewählten Studienrichtung eine Berufsunfähigkeitsrente zahlen, wenn der angestrebte Beruf nicht mehr ausgeübt werden kann. Andererseits sollte die Rente so bemessen sein, dass sie auch wirklich zum Leben reicht. Mindestens 1000 Euro monatliche Rente sollten es am Anfang sein, der Betrag sollte dann im Laufe des Lebens steigen, damit die Rente durch die Preisentwicklung nicht entwertet wird. Im Idealfall sieht der Vertrag außerdem vor, dass nach Ende des Studiums die Rentenhöhe ohne erneute Gesundheitsprüfung angepasst werden kann, damit auch das dann erzielte Einkommen adäquat abgesichert ist.

Weniger sinnvoll sind dagegen **Unfallversicherungen**. Eine Invalidität infolge eines Unfalls ist eher selten und außerdem bereits über eine Berufsunfähigkeitsversicherung abgedeckt.

Rechtsschutzversicherungen dürften das studentische Budget meist sprengen und sind auch eher als Luxus-Policen anzusehen. Eine Ausnahme ist der Verkehrsrechtsschutz. Denn wer sich im Straßenverkehr mit dem Auto oder einem Zweirad bewegt, landet manchmal schneller vor Gericht, als ihm lieb ist. Und dann ist guter Rat nicht nur sprichwörtlich teuer - hier tritt die Verkehrsrechtsschutzversicherung ein. Mitunter ist es möglich, dass die Eltern ihren vorhandenen Rechtsschutzvertrag erweitern und Studenten damit zu einer für sie kostenlosen Mitversicherung kommen.

Wer als Student viel reist, sollte auf jeden Fall eine **Auslandsreisekrankenversicherung** abschließen. Jahrespolicen auch für mehrere kürzere Reisen gibt es bereits für weniger als zehn Euro Jahresgebühr. Damit ist man gegen das Risiko abgesichert, für Arzt- und Krankenhauskosten im Ausland selbst aufkommen zu müssen. Denn dieses Risiko kann immens sein, ein Krankenhausaufenthalt nach einem Unfall in den USA kann schnell einige Tausend Euro kosten, die man ohne Auslandsschutz selbst zahlen muss.

Quelle: ham/kat/news.de

Liebe hält gesund

Eine positive Einstellung zum Leben stärkt das Immunsystem - und Liebe in allen ihren Formen ist der Schlüssel für unsere Gesundheit.

Zu diesem Ergebnis kommt Dr. Eva Selhub, Leiterin des Health and Wellness Centers am Benson-Henry-Institut in Boston. Im Interview in der Frauenzeitschrift FÜR SIE, sagt Selhub, die außerdem als Internistin und Spezialistin für fernöstliche Heilmethoden an der Harvard Medical School lehrt, dass Liebe und Gefühle das Stresssystem unseres Körpers und somit sein Gleichgewicht regulieren.

Das wiederum führt dazu, dass die Balance im Körper stimmt und er gesund bleibt. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Liebe zu sich selbst. Selhub: "Wer sich selbst nicht mag oder akzeptieren kann, ist für Stress und Krankheiten anfälliger."

Quelle: <http://www.fuer-sie.de>

Beim ersten Date Punkte sammelt

Das erste Treffen mit dem Internetflirt rückt immer näher und das Herz klopft schon bis zum Hals? Verständlich. Gerade beim ersten Date lauern einige Fettnäpfchen, in die man besser nicht treten sollte, wenn man auf ein Wiedersehen hofft. Worauf man bei der ersten Begegnung unbedingt achten sollte und was überhaupt nicht geht, zeigt eine Umfrage der kostenfreien Singlebörse myFlirt.de unter rund 3.600 Nutzern.

Sex und Ex sind Tabuthemen

Wer sich nicht schon bei der ersten Begegnung komplett ins Abseits katapultieren will, sollte bestimmte Gesprächsthemen beim ersten Treffen besser meiden. So interessieren sich 67 Prozent der Single-Frauen beim ersten Date herzlich wenig für die alten Bettgeschichten ihres Flirts. Gegenüber dem männlichen Geschlecht sollten sich Damen dafür beim Thema "Ex-Freund" in Zurückhaltung üben, denn für über die Hälfte der Single-Männer ist das der Gesprächskiller Nummer Eins. Absolutes Tabuthema bei beiden Geschlechtern ist der "Traum in Weiß": Über die Hälfte der Single-Frauen und Männer bekommen kalte Füße, wenn das Gegenüber schon bei der ersten Begegnung seine persönliche Vorstellung einer zukünftigen Trau- hochzeit zum Besten gibt.

Café oder Restaurant beliebteste Flirt-Locations

Bei der Wahl der richtigen Flirt-Location sollte "Mann" ein Treffen in einem Café vorschlagen. 65 Prozent der Single-Frauen bevorzugen nämlich die ungezwungene Atmosphäre eines Cafés für das erste Rendezvous. Dagegen wünschen sich Single-Männer ein romantisches Candle-Light-Dinner in einem Restaurant, weil bei der gemütlichen Stimmung die Hemmungen schnell fallen und sie so viel über ihr Gegenüber erfahren. Absolutes No-Go für Mann und Frau sind Theater- oder Opernbesuche: Nur zwei Prozent der Singles können sich für diese kulturellen Erlebnisse beim ersten Date begeistern. Apropos: Wenn es um das Zahlen der Rechnung beim ersten Treffen geht, entpuppt sich über ein Drittel der Männer als echte Kavaliere, denn sie übernehmen die Rechnung.

Persönlichkeit ist Trumpf

Auch wenn es oft heißt, dass Männer und Frauen sehr verschieden sind, scheint es bei der Partnerwahl doch recht ähnliche Prioritäten zu geben. Neben der Attraktivität des Anderen, von der sich über die Hälfte der Singles bei der ersten Begegnung zunächst überzeugen, punkten beide vor allem mit inneren Qualitäten. So sollten Männer versuchen, die Dame ihrer Wahl mit charmanten Witzen um den Finger zu wickeln, denn 82 Prozent der Single-Frauen finden Humor bei Männern besonders sexy. Beim männlichen Geschlecht punktet "Frau" dagegen vor allem mit einem natürlichen Auftreten (77 Prozent). Sollte das Treffen nicht nach einer Wiederholung schreien, entscheidet sich knapp die Hälfte der befragten Singles für den ehrlichen Weg und sagt ganz direkt, dass sie kein Interesse an einem zweiten Treffen haben.

Quelle: <http://www.myflirt.de>

Vorsicht vor Geldillusion!

An der Universität Bonn wurde jüngst im Labor für Experimentelle Wirtschaftsforschung zusammen mit Neurowissenschaftlern das folgende Experiment durchgeführt: Probanden erhielten pro Woche eine bestimmte Summe Geld, um damit die Dinge des täglichen Lebens wie Kleidung, Essen, Benzin oder Wohnungsmiete bezahlen zu können. Alternativ wurde ihnen die doppelte Summe geboten. Allerdings verdoppelten sich auch sämtliche Preise. Um die Hirnareale der Probanden und damit ihre Reaktionen sichtbar zu machen, wurden sie in einen Magnetresonanztomografen geschoben.

Auf den ersten Blick scheint das Ergebnis klar: Da die Kaufkraft absolut gleich bleibt und der Unterschied lediglich in der Optik der Preise besteht, kann sich keiner besser stellen. Die Gehirne der Probanden sahen das allerdings ganz anders. Ihr Nucleus accumbens, die Hirnregion für Erregung und Verlangen, war umso aktiver, je höher der Betrag war. „Schuld“ ist der Neurotransmitter Dopamin, der intensive Glücksgefühle auslöst. Auf den doppelt so hohen Betrag reagiert also ein Belohnungssystem. Je höher der Betrag, desto mehr werden wir belohnt und durch Dopamin beglückt.

Sind wir also alle „Dopaminjunkies“, die sich von einem eindimensionalen Mehr an Geld oder Gewinnaussichten vermeintlich glücklich machen lassen? Ein Blick auf das Verhalten von Börsenakteuren legt diesen Schluss in der Tat nahe. Auch Anleger wollen ganz offensichtlich belohnt werden und verhalten sich umso unvorsichtiger, je größer die Beträge werden. Die aktuelle Finanzmarktkrise ist hierfür ein gutes Beispiel. Aber auch in früheren Zeiten handelten die Akteure prinzipiell nach demselben Schema. In den 1630er Jahren waren beispielsweise Tulpenzwiebeln angesagt. Anfangs ein Markt für Spezialisten, wurden bald 1.000 Gulden pro Zwiebel gezahlt. Das Spekulationsfieber gipfelte im Jahre 1637. Ein Brauereibesitzer erwarb ganze 3 Tulpenzwiebeln und gab hierfür seine gesamte Brauerei in Utrecht her. Dies entsprach einem damaligen Gegenwert von rund 30.000 Gulden oder umgerechnet etwa drei Grachtenhäusern.

Gier und Panik haben offenbar in unserem Belohnungssystem ihren Ursprung. Sie sind sozusagen so normal wie irrational. Höhere und stark ansteigende Aktienkurse oder Indexstände faszinieren uns mehr als geringere oder stagnierende. Wir haben dann die Illusion, schneller reich und glücklich werden zu können. Wie würde ein Neuroökonom Börsenirrationalität begründen? Risiken sind nach der Gauß-Kurve normalverteilt. Das bedeutet, dass starke Ausschläge die Ausnahme von der Norm sind. Die Menschen etwa, die in einem Erdbebengebiet leben, werden nicht in Panik verfallen, wenn der Boden mal etwas wackelt. Die Erfahrung hat sie gelehrt, dass ein starkes Beben nur sehr selten vorkommt. Das Risiko an den Weltbörsen ist jedoch nicht normalverteilt. Tatsächlich gibt es immer wieder Übertreibungen und dann entsprechende Börsencrashes. Aus evolutorischer Sicht brauchten Menschen bislang keine Finanzrisiken einschätzen. Wir haben es vielleicht also mit einer Art von Risiko zu tun, das unser Gehirn einfach nicht verstehen kann. Dieses begnügt sich vielmehr damit, belohnt zu werden und in Illusionen zu leben.

Erst kürzlich ist die Wachsamkeit der Anleger wieder erschreckend klein geworden, wie der zuletzt starke Anstieg des DAX zeigt. Man wagt sozusagen wieder etwas – aus Angst, Kursgewinne verpassen zu können. Dagegen wäre derzeit eher eine gewisse Wachsamkeit angesagt. Denn übertrieben und korrigiert wird im Realexperiment Börse nämlich immer.

Herbert Pfennig, Sprecher des Vorstands der Deutschen Apotheker- und Ärztebank

Quelle: <http://www.apobank.de/>

Fuchs und Hase...

... gute Nacht! Im Herbst stehen Wildunfälle leider auf der Tagesordnung. Doch warum eigentlich? News.de erklärt das tierische Verhalten und gibt Tipps, wie Unfällen vorgebeugt werden kann.

Wildunfälle passieren vor allem nachts sowie in den Dämmerungsstunden, meist auf wenig befahrenen Landstraßen. Auto- oder Motorradfahrer besitzen oft nur wenig Chancen, diese fatalen Begegnungen zu vermeiden. Rund 220.000 Rehe, etwa 12.000 Wildschweine und mehr als 200.000 Hasen und Kaninchen kommen jedes Jahr unter die Räder, rechnet der ADAC in München vor. 2500 Verkehrsteilnehmer werden jährlich bei Wildunfällen verletzt. Und derzeit ist die Gefahr besonders groß.

«Gerade im Herbst, wenn liebeshungrige Rehböcke auf ihren Wanderungen durch Wald und Wiesen die Straßen queren, ereignen sich vermehrt schwere Unfälle mit Wildtieren», weiß Gerhard Blümel, Leiter des Sicherheitszentrums des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC) im österreichischen Teesdorf. Zudem ist Wild zu dieser Jahreszeit auf Deckungssuche, da abgeerntete Felder an Wiesen oder Waldrändern keinen Schutz mehr bieten. Und zur Futtersuche, auch entlang vieler Alleen, queren Schwarz- und Rotwild sowie Füchse oder Hasen immer wieder die Straßen.

Der wichtigste Vorsorgetipp: Unbedingt die Wildwechsel-Beschilderungen beachten. An diesen Stellen sollte das Tempo deutlich verringert werden. Schon ein Crash mit einem Hasen erzeugt bei 100 km/h einen Aufpralldruck von 125 Kilo - ein 20 Kilo schweres Reh bringt es sogar auf eine halbe Tonne. Nachts oder bei Nässe kann Tempo 80 schon zu viel sein. Sobald man ein Tier sieht, sollte man die Geschwindigkeit stark reduzieren, das Fernlicht abblenden und hupen. Denn wer statt mit Tempo 80 nur 60 fährt, verkürzt seinen Anhalteweg um 40 Prozent, genauer um 34 Meter. Wertvolle Meter - denn wenn es kracht, dann meist gewaltig.

Draufhalten, Bremsen oder Ausweichen - in Bruchteilen einer Sekunde muss ein Autofahrer seine Entscheidung treffen, wenn Wild die Straße kreuzt. «Durch riskante Ausweichmanöver gefährdet der Autofahrer nicht nur die Fahrzeuginsassen im eigenen Auto, sondern auch andere Verkehrsteilnehmer», warnt der ÖAMTC-Experte. Sein Rat: «Bei einem unvermeidbaren Zusammenstoß mit einem Wild sollte man scharf bremsen und das Lenkrad mit beiden Händen gut festhalten.»

Kommt es zu einem Wildunfall, müssen der Warnblinker einschaltet, das Warndreieck aufgestellt, gegebenenfalls Verletzte versorgt und die Polizei verständigt werden. Die Polizei informiert den Revierinhaber, der das getötete oder verletzte Tier von der Straße nimmt und eine Unfallbescheinigung für die Schadenregulierung mit der Kaskoversicherung ausstellt. Sie springt unter Umständen in die Schadensbresche. Erste Voraussetzung ist in jedem Fall, dass es sich bei dem tierischen Unfallgegner um sogenanntes Haarwild - also beispielsweise Hirsch, Reh, Wildschwein oder Fuchs - handelt.

«Angefahrene Tiere sollten nach einem Unfall auf keinen Fall berührt werden», warnt Katharina Bauer vom ADAC, «sie könnten auskeilen oder mit Tollwut infiziert sein.» Getötetes Wild mitzunehmen sei strafbar und werde als Wilderei mit Geld- oder Haftstrafen bis hin zur Beschlagnahme des Fahrzeugs geahndet. Die ADAC-Fachfrau: «Auch wenn ein Tier nur angefahren wurde und wieder verschwindet, ist die Polizei zu informieren. In solchen Fällen muss aus Gründen des Tierschutzes der Jäger das verletzte Tier suchen und es von seinen Schmerzen erlösen.»

Quelle: ADAC/news.de

Internetradio 3.0 - der neue phonostar-Player ist da!

Relaunch bei phonostar: Das führende Internetradio-Portal hat seinen Player - mit über fünf Millionen Usern die beliebteste Internetradio-Software - konsequent weiterentwickelt und präsentiert jetzt Version 3.0. phonostar orientiert sich dabei eng an den Wünschen seiner User, bei denen neue Aufnahme-funktionen und ein persönliches Radioprogramm im Vordergrund stehen. Die überarbeitete Benutzerführung im neuen Design erleichtert zudem das Finden, Hören und Aufnehmen von über 5.000 Sendern.

Alle Hörspiele aus dem Radio automatisch als MP3 auf den PC? Jedes Konzert von Madonna mitschneiden? Im neuen phonostar-Player kann sich jeder Nutzer sein individuelles Wunschprogramm zusammenstellen und auch automatisch aufnehmen lassen. Möglich macht es die Wunschlisten-Funktion. Hier kann der Nutzer Stichworte oder Genres angeben, zu denen permanent passende Sendungen aus dem Programmguide von phonostar gesucht werden. Alle gefundenen Sendungen werden dann vom phonostar-Player selbstständig aufgenommen - dank Abgleich mit der phonostar-Datenbank auch bei Programmänderungen und Sonderterminen. Sollten mehrere Sendungen parallel laufen, werden sie alle gleichzeitig aufgenommen und der Nutzer kann nebenbei sogar noch einen anderen Sender hören.

Mitgeschnittene Musik oder Hörspiele können jetzt auch direkt über den phonostar-Player wiedergegeben werden. Und die Aufnahme ist nun unabhängig von der Soundkarte. Neu ist auch, dass Live-Radio unterbrochen werden kann: Mit Klick auf den Pause-Knopf wird das laufende Programm angehalten, im Hintergrund mitgeschnitten und kann so später zeitversetzt weitergehört werden.

"Die meisten Funktionen sind nicht nur neu für phonostar, sondern einzigartig für Internetradio generell und setzen vor allem in dieser Gesamtheit neue Maßstäbe. Aber die Funktionalität ist für uns nur ein Aspekt. Für die meisten User ist auch die hohe Benutzerfreundlichkeit ein wichtiger Grund, unseren Player zu verwenden", erklärt Constanze Mahnert, Leiterin Marketing bei phonostar, und ergänzt: "Auch unerfahrene User finden sich bei phonostar sehr schnell zurecht." So bietet zum Beispiel eine speziell entwickelte Echtzeitsuche dem Hörer die Möglichkeit, in wenigen Augenblicken altbekannte und neue Lieblingssender zu finden und sich blitzschnell zu orientieren. Mehr Service bietet phonostar nun auch bei den Podcasts - Suche und Abo sind jetzt direkt über den Player möglich.

Information:

Mit insgesamt fünf Millionen Nutzern ist der phonostar-Player die beliebteste deutsche Internetradio-Software. Das Portal <http://www.phonostar.de> bietet eine weltweit einzigartige Kombination: Die kostenlose Player-Software zum Anhören und Aufnehmen von Internetradio wird ergänzt durch das Online-Radiomagazin mit Hinweisen und Programmempfehlungen. Übersichtliche Suchfunktionen ermöglichen dem Radiofreund, sich spielend leicht in über 5.000 Sendern aus aller Welt zurechtzufinden.

Quelle: <http://www.phonostar.de>

Nicht auf Gewinnbriefe reagieren

Auf dubiose Gewinnmitteilungen sollten Verbraucher auch dann nicht reagieren, wenn sie an sie persönlich adressiert sind. Immer wieder gebe es Fälle, in denen der Adressat den versprochenen Gewinn wie etwa ein Auto oder einen Hotelgutschein erst anfordern und dafür eine Bearbeitungsgebühr zahlen muss, so die Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

Doch nach Erfahrungen der Experten bleibt der versprochene Gewinn meistens aus. Wer künftig keine Werbesendungen dieser Art mehr empfangen möchte, kann sich in die so genannte Robinson-Liste eintragen lassen, rät die Verbraucher-Zentrale. Er werde dann von den Adressenlisten der Unternehmen gestrichen, die Mitglied im Deutschen Direktmarketing Verband (DDV) sind.

Quelle: <http://www.ddv.de/>

Leistungsvergleich bei Kfz-Versicherungen auf einen Blick

Die Kfz-Tarife der Versicherer für 2010 sind in Kraft. Bis 30.11. ist Zeit, die alte Versicherung zu kündigen und in eine günstigere Police zu wechseln. Allerdings zählt für viele Versicherte längst nicht mehr der Preis allein, sondern auch auf Leistung kommt es an. So hat das Vergleichsportale Aspect Online seinen mehrfach ausgezeichneten Kfz-Rechner erweitert und bietet jetzt einen noch komfortableren Leistungsvergleich der Tarife an.

"Wir haben uns gefragt, wie Auto-Halter sofort sehen, was sie bei welcher Kfz-Versicherung für ihr Geld wirklich bekommen", sagt Wolfgang Schütz, Vorstandsmitglied bei Aspect Online. Die Lösung: Aus seinem individuellen Vergleichsergebnis auf aspect-online.de wählt der Benutzer bei Bedarf zwei beliebige Tarife aus und stellt deren Leistungen gegenüber.

Auf diese Weise stechen neben dem Prämien-Gefälle sofort alle zentralen Unterschiede ins Auge: etwa die verschiedenen hohen Deckungssummen und ob begehrte Leistungen wie Folgeschäden bei Marderbiss bzw. Rabattretter im Tarif enthalten sind oder erst noch hinzugekauft werden müssen. Verbraucherfreundlicher und schneller könne man derzeit Kfz-Versicherungen kaum vergleichen, so Schütz weiter.

Quelle: Aspect Online AG - <http://www.aspect-online.de/>

Laufzeit von Notebooks verlängern

Mit der richtigen Kombination aus energiesparender Hardware, speziellen Akkus und sinnvollen Einstellungen erreichen manche Notebooks erstaunliche Akkulaufzeiten. 21 Stunden lautet der Rekord, den das Computermagazin c't in der aktuellen Ausgabe in einem Test festgestellt hat.

Den meisten Notebooks geht nach drei Stunden Laufzeit der Saft aus. Doch es gibt auch Geräte mit einer Kondition von acht Stunden und mehr - und zwar quer durch alle Baugrößen und Preisregionen. Möglich ist das durch den Einsatz von Hochkapazitäts- und Zusatzakkus, die statt des vorhandenen Akkus oder als Zusatzhardware eingebaut werden. Externe Akkus bringen das Energie-Management der Geräte hingegen durcheinander und kommen nur als Notlösung in Betracht.

Die großen Stromfresser im Notebook sind das Display, die Grafikkarte und der Prozessor. "Eine der wichtigsten Sparmaßnahmen ist es daher, das Display so dunkel wie gerade erträglich zu regeln und es beim Nichtbenutzen möglichst schnell auszuschalten", rät c't-Redakteur Jörg Wirtgen. Bildschirmschoner sollte man abstellen, animierte Desktop-Hintergründe schlucken ebenfalls unnötig Energie. Das Abspielen eines Videos verbraucht übrigens besonders viel Strom.

Wer beim Neukauf gleich auf Stromspartechnik achten will, sollte sich die Hardware genau anschauen: Die derzeit sparsamste Plattform ist Intels Atom Z-Prozessor, aber sie bringt wenig Rechenleistung. Einen guten Kompromiss bieten Systeme mit Intels LV- und ULV-Prozessoren. Soll 3D-Leistung mit langer Laufzeit kombiniert werden, braucht man die so genannte Hybrid-Technik, bei der man einen separaten Grafikchip ein- und ausschalten kann.

Für die kleine Geldbörse eignen sich Netbooks, die besonders klein und zurückhaltend in der Hardwareausstattung sind. Einige Modelle von Asus, Samsung und MSI weisen besonders lange Akkulaufzeiten von 8 bis 16 Stunden auf. Die Edel-Notebooks mit Stromspar-Technik von Dell und HP schaffen bis 21 Stunden - der Preis dafür ist allerdings ein unansehnlicher, dicker Unterschnallakku. Acer und Lenovo verwenden kleinere Einschubakkus, halten dafür 9 bis 10 Stunden durch. Langläufer mit Spitzendisplay findet man bei Apple, sogar in 17-Zoll-Größe, aber auch bei einem von Sonys 13-Zöllern. Einen Mittelweg zwischen Preis und Größe hat Acer im Angebot.

Quelle: <http://www.heise-medien.de>

Taschenatlas Biochemie des Menschen

Hier lernt das Auge mit!

Dieses Buch ist ein echter Hingucker! Der bereits in 13 Sprachen übersetzte Taschenatlas erscheint komplett aktualisiert und überarbeitet in einem neuen, noch übersichtlicheren Layout und präsentiert Ihnen auf 220 didaktisch ausgefeilten Doppelseiten die gesamte Biochemie des Menschen - ideal für Studierende der Medizin und Humanbiologie!

- Das neue Layout mit farbigem Daumenregister führt Sie durch das Buch und bietet eine gute Orientierung.
- Auf jeder Doppelseite finden Sie in Wort und Bild ausführliche und anschauliche Informationen zu einem in sich abgeschlossenen Thema.
- Pathobiochemische Aspekte und klinische Bezüge werden integriert abgehandelt oder, bei besonders wichtigen Themen, auf eigenen Doppelseiten dargestellt.
- Zu Beginn der Stoffwechselkapitel geben Ihnen einleitende Übersichtstafeln einen klaren Überblick über die Vernetzung der einzelnen Stoffwechselwege.
- Bildsprache und Didaktik der Bildtafeln wurden weiter verfeinert, so bleiben keine Fragen offen.

Taschenatlas Biochemie des Menschen - der optimale Katalysator für Ihren Erfolg im Studium!

Taschenatlas Biochemie des Menschen
Jan Koolman/Klaus-Heinrich Röhm
4., überarb. Aufl. 2009
529 S., 220 Abb., kart. 220 Farbtafeln
220 Farbtaf., (1.-3. Aufl. "Taschenatlas der Biochemie")
ISBN: 9783137594048
EUR [D] 32,95

Taschenatlas Pathophysiologie

Pathophysiologie - Ihr Link zur Klinik!

Das Verständnis der Pathophysiologie ist der erste Schritt in Richtung Klinik! Hier erfahren Sie auf 192 anschaulichen Farbtafeln und mit verständlichen Texten alles über die wichtigsten pathophysiologischen Mechanismen der Krankheitsentstehung.

- Das beliebte Doppelseitenkonzept - links Text, rechts Bild - verschafft Ihnen einen schnellen und vollständigen Überblick über die einzelnen Themen.
- Die Inhalte sind konsequent gegliedert und ein Farbleitsystem mit Daumenregister ermöglicht Ihnen eine rasche Orientierung im Buch.
- Alle Bildtafeln folgen einem ausgefeilten didaktischen Konzept und machen Ihnen gemeinsam mit dem verständlich geschriebenen Text auch komplexe Zusammenhänge schnell klar.
- Wo es nötig ist, werden die physiologischen Grundlagen für ein besseres Verständnis noch einmal erklärt.
- Viele klinische Bezüge machen Spaß und verdeutlichen Ihnen die Zusammenhänge zwischen Theorie und Praxis.

Taschenatlas Pathophysiologie - die ideale Ergänzung zur Physiologie!

Taschenatlas Pathophysiologie
Stefan Silbernagel/Florian Lang
3., vollst. überarb. Aufl. 2009
427 S., 192 Abb., kart. 192 Farbtafeln
190 Farbtaf.,
ISBN: 9783131021939
EUR [D] 32,95

Lehrbuch der zahnärztlichen Prothetik

Das gesamte Spektrum der Prothetik - Von Kunststoff bis Keramik

Die Versorgung Ihrer Patienten mit Zahnersatz gehört zu Ihren klassischen Aufgaben. Aus der Fülle von Möglichkeiten und Materialien müssen Sie für jeden Patienten individuell eine befundgerechte Lösung finden. Das setzt ein breitgefächertes theoretisches Wissen und manuelle Fertigkeiten voraus und das Schritthalten mit der ständigen Weiterentwicklung vor allem der Werkstoffe und deren Verarbeitung. Dieses ist die Basis, um im Studium und im Beruf erfolgreich zu sein.

Ausführungen über die immer stärker werdende Bedeutung der Patientenführung im Sinne der Aufklärung und Compliance sowie die Aktualisierung des Kapitels Gerontoprothetik runden das Spektrum ab. Das klassische Lehrbuch wurde komplett überarbeitet und erweitert. Es beinhaltet über 700 aussagekräftige Abbildungen.

Neu in der 5. Auflage:

- Standardisierung bei der Versorgung mit feststehendem Zahnersatz
- Klebebrücken
- Kronen und Brücken: CAD/CAM-Verfahren
- Implantatgestützter Zahnersatz
- Instrumentelle Verfahren zur Berücksichtigung der Unterkieferfunktion
- Sensibilisierung durch und Allergie gegen zahnärztliche Werkstoffe
- Zahnersatz und Psychosomatik
- Forensik
- Kiefer-Gesichts-Prothetik

Reinhard Marxkors (Hrsg.)

Lehrbuch der zahnärztlichen Prothetik

Für Studium und Beruf

5. überarbeitete und erweiterte Auflage

Deutscher Zahnärzte-Verlag 2009

21 x 29,7 cm, gebunden, XV + 377 Seiten, mit 731 Abbildungen

in 1129 Einzeldarstellungen und 18 Tabellen

ISBN 978-3-7691-3364-6, € 99,95

Neu: Die ZMK ist online!

Das reichweitenstärkste und verbandsunabhängige Monatsmagazin ZMK „Zahnheilkunde, Management, Kultur“ (laut LA-Dent 2009) ist seit Ende September nun auch online. Das Portal <http://www.zmk-aktuell.de> informiert sowohl mit praxisnahen, wissenschaftlichen Artikeln über den aktuellen Stand der Zahnmedizin als auch mit exklusiven Erfahrungsberichten, Fachbeiträgen zur Praxisführung und -organisation sowie Abrechnungs-, Steuer- und Rechtstipps. Produktinformationen, Firmennachrichten und tagesaktuelle News aus der Dentalindustrie halten den User auf dem neuesten Stand.

An die Druckversion anlehnend lädt die Online-Version ein, sich tiefer mit den jeweiligen Themen zu beschäftigen. So stehen im Portal weiterführende Beiträge und Verlinkungen zu dem in der Zeitschrift publizierten Artikel zur Verfügung. Checklisten und Formulare ergänzen inhaltlich das entsprechende Thema. Ein besonderer Fokus liegt auf der Interaktiven Fortbildung, mit der bequem CME-Punkte gesammelt werden können. Nach erfolgreicher Teilnahme steht das Zertifikat zum Download bereit. Zudem findet der User weitere Fortbildungsangebote im Kongresskalender Dental (KKD), der über 1.000 Veranstaltungstermine, Seminare und Kongresse aus 32 Fachgebieten der Zahnmedizin zur Einsicht zur Verfügung stellt. Ein Dentalfirmenverzeichnis gibt Aufschluss über zahlreiche Dentalunternehmen, deren Firmenhistorie, Produktpalette sowie Kontaktdaten und rundet somit das virtuelle Themenangebot ab.

Quelle: <http://www.zmk-aktuell.de>

Liebe Leserin, lieber Leser!

Sie gehören zu den interessierten und innovativen Mitmenschen, die sich mit der digitalen Welt angefreundet haben. Genau wie wir vom „med.dent.magazin“.

Wir haben das Experiment gewagt, eine ausschließlich digitale Zahnmediziner-Zeitschrift zu etablieren.

Nach 15 Jahren erfolgreichen Erscheinens und erfreulicher Leserresonanz wechselten wir das Printmedium gegen das Internetmedium aus. Mit vielen Vorteilen für Sie:

Das med.dent.magazin erscheint monatlich.

Das med.dent.magazin ist aktuell.

Das med.dent.magazin ist mit den Autoren, Quellen und Partnern verlinkt.

Bitte geben Sie die <http://www.med-dent-magazin.de> Adresse weiter (dort können sich Interessierte für den ständigen und kostenlosen Bezug einschreiben).

Ich freue mich auf eine weite Verbreitung und ein produktives Networking.

Ihr

Hans-Peter Küchenmeister

I M P R E S S U M

Info:

Sehr geehrte/r Leser/in!

Unser Angebot besteht aus der Zahnmediziner Zeitschrift med.dent.magazin in digitalisierter Form.

Das med.dent.magazin erscheint monatlich im PDF-Format und wird am Monatsanfang per E-Mail versandt.

Um das med.dent.magazin zu abonnieren oder das Abonnement zu kündigen besuchen Sie bitte unsere Web-Site und tragen Sie sich dort auf der Startseite mit ihrer E-Mail-Adresse ein oder aus.

Kontakt:

Redaktion

Hannelore Küchenmeister

Anregungen und Fragen zu Artikeln und redaktionelle Beiträge bitte an:

mailto:postfach@med-dent-magazin.de

Herausgeber

Hans-Peter Küchenmeister
Daldorfer Straße 15
D 24635 Rickling

Tel. +49-(0)4328-722 477

Fax +49-(0)4328-722 478

mailto:postfach@med-dent-magazin.de

web: <http://www.med-dent-magazin.de>

Newsletter

Fragen zum Versand/Abo und Homepage an:

Phillip Kriett

mailto:postfach@med-dent-magazin.de

Archiv/Sonstiges:

Das Archiv befindet sich auf unserer Website. Dort sind die bisherigen Ausgaben zum Download verfügbar.

Den aktuellsten Adobe Acrobat Reader® erhalten Sie hier:



NEU: Sie Suchen zu einem bestimmten Stichwort Artikel in Ihrem med.dent.magazin-Jahrgang?

Die Lösung finden Sie auf unserer Homepage.

Benötigt wird lediglich der Index zu Ihrem med.dent.magazin-Jahrgang und eine Acrobat-Reader-Version, die die „Volltextsuche“ unterstützt. Genaueres auf unserer Homepage!